

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Schulzeitung. 1860-1933 1929**

23 (8.6.1929)



# Badische Schulzeitung

Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins und Verkündigungsstelle der Fürsorgevereine

Verantwortliche Leitung: **Karl Sch. Karlsruhe**, Waldring 18, Tel. 7650. Abschluß: **Mittwoch 12 Uhr**. Erscheint Samstags. Anzeigen: Die 5-spaltige 38mm breite mm-Zeile Mk. 0,20, Chiffregebühr Mk. 0,50, Beilagen und Reklame-Anzeigen lt. besonderem Tarif. Bezugspreis: Monatlich 60 Pfg. einschl. Bestellgeld. Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung Konkordia in Bühl (Baden) zu senden, alles übrige an die Leitung. Geldsendungen an die Kasse des „Badischen Lehrervereins“ nur an die Badische Beamtengenossenschaftsbank Postcheckkonto 1400 Karlsruhe auf Bankkonto des V. L. V. Ds. 70. Geldsendungen an das Lehrerheim nur an Lehrerheim Bad Freyersbad, Geschäftsstelle Offenburg, Postcheckkonto Nr. 75843 Karlsruhe. Anzeigen-Annahme und Druck: Konkordia H. G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden). Direktor W. Weser. Telefon 131. Postcheckkonto 237 Amt Karlsruhe.

23.

Bühl, Samstag, den 8. Juni 1929.

67. Jahrg.

Inhalt: Das Kulturproblem. — „Eine schulpolitische Frage im Landtag.“ — Die Ministerrede in Dortmund. — Zur Not der Schulkandidaten. — Berichtigung. — Aus den Vereinen. — Bücherschau. — Vereinstage. — Anzeigen.

## Das Kulturproblem.

Von Franz J. Böhm.

I.

Krisis der Kultur.

Ein slavisches Märchen erzählt, daß zwei Weise ein göttliches Orakel empfangen hätten, über dessen Auslegung und Sinn sie sich nicht einigen konnten; Tage, Monate und Jahre führten sie heftigen Streit darüber. Da kam eines Tages ein fremder Wanderer des Weges, hörte eine Weile ihrer Rede zu und fragte schließlich die beiden, wie denn eigentlich der göttliche Ausspruch gelaute habe. Aber darauf vermochten sie keine Antwort zu geben; denn über ihrem menschlichen Zank und Streit hatten sie das göttliche Wort vergessen und versäumt.

Wir können uns eine ausführliche Anwendung dieses Märchens auf die Probleme, die uns im Folgenden beschäftigen werden, ersparen. Trotz der eifrigen Beschäftigung unserer Zeit mit „Kulturproblemen“ unter allen nur möglichen Gesichtswinkeln, trotz der schreckenerregenden Menge von Kulturphilosophie und verstehender Soziologie der letzten Jahrzehnte, geraten wir immer in nicht geringe Verlegenheit, wenn wir angeben sollen, welchen Begriff wir mit dem uns so geläufigen Wort „Kultur“ verbinden. Gegenwärtige Anschauungen treffen hart und unversöhnlich aufeinander. Die technischen Leistungen des 19. Jahrhunderts konnten ein „technisches Kulturideal“ entstehen lassen, das mit unheimlichem Optimismus einen ewigen Fortschritt der Menschheit zu verheißeln schien. Aber dieser frohe Glaube hat längst seine werbende Kraft verloren, und dem Jubel der großen Entdecker ist das millionenfache Leid all derer gefolgt, die heute in hartem Ringen die nackte Existenz ihres Lebens verteidigen. Gewarnt durch die Enttäuschungen der äußeren Wirklichkeit und ehrlich verlangend nach einer geistigen Mitte ihres Daseins, die sie durch die fortschreitende Mechanisierung aller Lebensfunktionen bedroht wissen, verkünden andere ein durchaus innerliches, nur dem einsamen Selbst überlassenes Kulturideal. Die „Kultur der Seele“ wird zur Seele der Kultur; die äußere Wirklichkeit, nur beschäftigt mit den Forderungen des Tages und des Augenblicks, scheint für die wahrhaft kulturelle Tat keinen Raum mehr zu haben; das Individuum steht allein und verloren in seiner Zeit, ohne Halt an einer geistigen Gemeinsamkeit und deshalb im letzten auch nur für sich selbst verantwortlich und verpflichtet. Auf der anderen Seite stehen die Skeptiker: sie beweisen die gänzliche Unfähigkeit unserer Zeit zu jeder kulturellen

Leistung und klären uns über das Mißverständnis auf, daß wir Kultur nennen, was in Wahrheit nur äußerlich angelegerte Zivilisation sei. Und aus dem Skeptiker wird nicht selten der Romantiker, der sein „Zurück“ in die vorwärtsdrängende Zeit ruft und den Geist irgend einer Vergangenheit beschwören möchte, um ihm eine neue, künstliche Wirklichkeit zu geben.

Eine gleiche Ratlosigkeit und Gegensätzlichkeit wie hinsichtlich der Inhalte und der Ziele einer möglichen Kultur in der Gegenwart besteht in Beziehung auf die Formen und Wege, die unserer Zeit bei ihrer kulturellen Arbeit zu Gebote stehen. Revolutionärer Radikalismus empfiehlt ebenso unbedingt den Bruch mit allem Vergangenen, wie konservative Kulturgesinnungen das Recht des historisch Gewordenen verteidigen und in der Anbildung und Auswertung des Überlieferten die einzige Möglichkeit einer Rettung vor dem Chaos erblicken. Neben diesen extremen Haltungen, die eindeutig und in sich konsequent genannt werden müssen, auch nicht selten von sittlichem Ernst und einem über den Augenblick hinausreichenden Verantwortungsbewußtsein getragen sind, versuchen andere die Gegensätze zu vermitteln und die grundsätzlichen Spannungen der Zeit zu relativieren, indem sie das „Gute“ nehmen, wo es sich findet. Die Gefahr einer verfrühten Synthese liegt in solchen Fällen nahe genug, auch wenn es scheinen könnte, daß eine solche „Versöhnung“ das Urteil der Geschichte vorwegnahme. Das „Alles-verstehewollen“ und die universale Gerechtigkeit des unparteilichen Zuschauers oder des unverantwortlichen Genießers ist häufig genug Ausdruck für mangelnde Entschiedenheit der Stellungnahme.

Wenn wir heute die fehlende Einheitlichkeit unserer kulturellen Situation beklagen und mit berechtigter Sorge der Zukunft unserer Kultur entgegensehen, so darf uns dies doch nicht zu dem Glauben verleiten, als habe irgend eine Vergangenheit die ersehnte „Einheit“ der Kultur in restloser Erfüllung verwirklicht. Dieser Glaube ist die Quelle aller Romantik und ihrer unkritischen Geschichtlichkeit, indem sie das kulturelle Ideal in einer Epoche der Vergangenheit lokalisiert, statt es als unendlich fernes Ziel und ewige Aufgabe dem geschichtlich-kulturellen Prozeß voranzustellen. Auch gehört es zum Wesen der Romantik, daß sie die Span-



nung zwischen dem vergangenen Ideal und der idealentfremdeten Gegenwart bewahrt, ja, daß geradezu das Wissen um die Unversöhnlichkeit beider das Spezifische einer romantischen Kulturgefönnung ausmacht. In dem Augenblicke, in dem eine Romantik überzeugt wäre, die Kluft überbrücken zu können, hörte sie auf „Romantik“ zu sein und würde eine „Renaissance“, in welcher Gestalt allein die Sehnsucht nach dem Vergangenen die Kraft hat, das Gewesene in die Gegenwart einzubeziehen und als lebendigen Impuls für eine neue Zukunft auszuwerten. Jede vergangene Epoche hat in sich Gegensätze, die ihre Einheit sprengen, und wenn auch der historische Dogmatismus gerne bereit ist, vergangene Kulturgehalten auf eine Formel festzulegen, so zeigt eine vorurteilslose Kenntnisaahme der geschichtlichen Welt immer antagonistische Kräfte am Werke, die ständig in Bereitschaft liegen, dem anerkannten Kulturwillen zu opponieren und seine Alleinherrschaft zu stören. Selbst die klassische „Heiterkeit“ der Antike hat ihr Gegenstück in der düsteren Welt orphischer Mysterien; Friedrich Schlegel und später Nietzsche haben mit verwandter Feinfähigkeit diese Unterströmung der griechischen Kultur beleuchtet und auch Goethe hat uns die griechischen Nachtgestalten im II. Teil des „Faust“ nicht vorenthalten. Mit dem Mittelalter ist es uns gerade umgekehrt ergangen: Wir haben lange genug mit den Augen der humanistischen Gegner und Überwinder des Mittelalters in diese Epoche europäischer Geistesgeschichte hineingesehen und darin nichts wahrgenommen als Weltflucht, Aberglauben und barbarischen Stillstand der menschheitlichen Entwicklung. Erst eine gewissenhafte, von der Leidenschaft des Kampfes und des Widerspruchs freie Einzelforschung, die noch unendliche Aufgaben vor sich hat, hat gezeigt, daß die Kultur des Mittelalters durch diese Schlagworte ebenso wenig charakterisiert ist, wie das Wesen der antiken Kultur durch den „dionysischen Rausch“ bezeichnet wäre. Hier wie dort der Antagonismus feindlicher Geistesgewalten, der es dem kampfmüden Romantiker der Gegenwart unmöglich macht, in irgend einer Vergangenheit die ideale Einheit und Geschlossenheit zu finden, die er an der Gegenwart so schmerzlich vermisst.

In diesem Sinne scheint der krisenhafte Charakter unserer gegenwärtigen Kulturlage nur die Erfahrungen der Geschichte zu bestätigen: das „Leben“ des geschichtlichen Geistes ist eben dieses, daß es sich in der ständigen Bewegung der Gegensätze erhält und vorwärts treibt. Die Verwirklichung einer absolut harmonischen Kultur — wenn sie überhaupt möglich wäre — wäre zugleich das Ende der Kultur, und der philisterhafte Wunsch, nur endlich einmal zur Ruhe zu kommen, schließt die gleiche grundsätzliche Verkennung kultureller Existenz in sich wie die überschwengliche Sehnsucht des Romantikers nach einer gewesenen Vollkommenheit.

Trotzdem meinen wir, wenn wir hier von der „Krisis“ unserer Kultur sprechen, etwas anderes als das allgemeine Schicksal, die durchgängige, gegensätzliche Struktur kulturellen Daseins überhaupt. Wir meinen streng genommen überhaupt nicht eine Krisis innerhalb der Kultur, den Konflikt verschiedener Kulturgefönnungen im Rahmen einer Zeit, sondern im wörtlichen Sinne eine Krisis der Kultur. Denn so dürfen wir doch wohl jenes größtenteils noch unbekannte Gähren, die vielen halben Schritte und ersten Versuche verstehen, daß unserer Zeit nicht dies und jenes am geistigen Faktum der Kultur fraglich geworden ist, sondern daß das Ganze aller bisher geschaffenen Kultur dem Zweifel ausgeliefert wird, ja daß vielleicht die „Idee“ der Kultur selbst in den Strudel dieser Krisis hineingerissen erscheint.

Die Forderung einer wahren Kultur in welcher Form auch immer dünkt heute vielen ebenso „unzeitgemäß“ wie die ständige Erinnerung an unsere klassische Epoche von Lessing bis Hegel. Daß man vom Menschen Kultur verlangt, erscheint dann selbst als ein Ergebnis unserer neuhumanistischen Periode, das über die zeitliche Geltung unserer klassischen Weltanschauung hinaus keinerlei Ansprüche erheben darf. In früheren Zeiten mag die Kultur das wesentliche Ziel der Menschheit gewesen sein, heute handelt es sich um andere, wie man sagt „realere“ Dinge.

Wir fragen zunächst nicht nach Recht und Bedeutung solcher Anschauungen, ja nicht einmal darnach, wie weit eine solche Kulturablehnung sich selbst mißversteht, indem sie eine historische Gestalt der Kultur mit ihrer ewigen „Idee“ und „Aufgabe“ verwechselt. Denn soviel darf ohne weiteres zugegeben werden, daß jede historische Kulturgehalt durch den Fortgang der Geschichte überholt und abgelöst werden kann, daß auch die bedeutendste Kulturschöpfung nicht absolut ist im Sinne einer endgültigen und nicht mehr über sich hinausweisenden Lösung der Kultur-„Aufgabe“. Gerade dies muß ja aus vorangehenden Gedankengängen klar geworden sein. Daß aber die „Idee“ der Kultur eine von jeder historischen Situation unabhängige Aufgabe enthält, die allen Zeiten in gleicher Weise gestellt, von keiner Zeit aber restlos gelöst wird, muß uns in späteren Zusammenhängen beschäftigen, wenn wir nach überzeitlichen Maßstäben suchen, durch die sich allein unser Wissen um tatsächliche Kultur und individuelle Kulturverantwortung klären kann.

In solcher Klärung des Wissens und einer auf Wissen gegründeten Verantwortung liegt das einzige Ziel, das sich diese und die folgenden Ausführungen setzen. Damit bezeichnen wir von vornherein die Grenze, die wir jeder kulturphilosophischen Untersuchung durch das Wesen der philosophischen Theorie selbst gezogen glauben. Die philosophische Besinnung darf keinen Gegenstand ergreifen, ohne nicht gleichzeitig in solcher Hinwendung zum Objekt einen Akt der Selbstbesinnung, des Zu-sich-selbst-kommens der Theorie zu vollziehen. Aus dieser Immanenz des erkenntnistheoretischen Moments in allem philosophischen Denken ergibt sich, daß die philosophische Theorie — im Unterschied von der einzelwissenschaftlichen Erkenntnis — immer zugleich um den Gegenstand und um die Grenze des Wissens vom Gegenstand weiß. Sie wird sich deshalb aller Vorschläge zu einer praktischen und faktischen Kulturgehaltung grundsätzlich enthalten müssen, insofern die Einsicht in ihr Wesen ihr den Übertritt in die atheoretischen Sphären des kulturellen Wirkens verbietet, und sie wird der Kulturpolitik sowohl wie der Kulturverantwortung des einzelnen nur diejenige Hilfe gewähren können, die überhaupt empirisch bedingtem Handeln aus der Klärung letzter Prinzipien und überzeitlicher Strukturgesetzmäßigkeiten erwachsen kann.

Damit ist die Stellung der Kulturphilosophie zur „Krisis“ der Kultur bestimmt. In Bezug auf sie handelt es sich weder um „Programme“, noch um „Prognosen“, noch um „Rezepte“. Wenn man ein Wort Schopenhauers variieren darf, möchten wir sagen: Kultur predigen ist leicht, Kultur begründen schwer. Aber nur eine solche Kulturbegründung kann ihr philosophisches Recht nachweisen, als die ständige und immer wieder erneute Rechtfertigung, die das Bewußtsein allem empirisch Gewordenen gegenüber fordert. Die Entstehung einer neuen Kultur liegt zudem über jede bewußte Absichtlichkeit und Beeinflußbarkeit hinaus; ob eine neue Kultur kommt und in welcher Form sie kommt, werden wir erst wissen, wenn sie da ist. Hier liegt zugleich die Grenze der kulturpolitischen Arbeit; sie teilt mit der kulturphilosophischen Besinnung das Schicksal, nur un-



mittelbar der Kultur dienen zu können, indem sie Hindernisse filgt, die einer Neuschöpfung der Kultur im Wege sind, und dasjenige fördert, was den Keim einer Zukunft in sich tragen und zur Entfaltung bringen könnte. Aber all dies ist nur ein Rechnen mit Möglichkeiten, ein verständnisvolles Aufhören auf die Zeichen der Zeit, die oft genug auch die schärfsten Ohren getäuscht haben. Bereitschaft zur Kultur ist das einzige, was wir bewußt erstreben können und müssen, und nur wer eingesehen hat, daß solche Bereitschaft mehr und Größeres verlangt als jedes eigenwillige Experimentieren in kulturellen Dingen, wird von der vorbereitenden Arbeit kulturpolitischer und kulturphilosophischer Art nicht gering denken. Das Geheimnis der Kulturentstehung ist ebenso wie das Geheimnis des Lebens selbst menschlichem Wissen und Können entrückt; und doch ist Leben und Kultur immer wieder die große Schöpfung des Menschen, die er zwar nicht erzwingen, aber in Ehrfurcht erwarten kann.

Kehren wir nunmehr nach dieser kritischen Zwischenbemerkung, die ebenso sehr der Anmaßung des Kulturpropheten wie den übertriebenen Erwartungen des Lesers galt, zu den krisenhaften Erscheinungen zurück, die unsere Zeit im Unterschied von anderen Kultursituationen kennzeichnen, so müssen wir sogleich einer weiteren Einschränkung des Theoretischen gedenken. Intellektualistische Zeitalter — etwa das Jahrhundert Spinozas — konnten des Glaubens sein, daß das Kulturproblem und das Erkenntnisproblem koinzidieren, daß die richtige Lösung des letzten zugleich die Lösung des Kulturproblems mitenthaltete. Der wissende Mensch ist von diesem Standpunkt aus zugleich der vollkommene und die wahre Einsicht ist schon potentiell die richtige Tat. Konflikte zwischen Theorie und Kultur sind in der Wurzel abgeschnitten, weil sie ja beide als Entfaltungen eines gleichen Prinzips aufgefaßt werden. Seit der Überwindung des Intellektualismus durch Kant ergibt sich nun die bemerkenswerte Tatsache, daß die vertiefte Einsicht in die irrationalen Funktionen des Bewußtseins und der Kultur mit den realen, außertheoretischen Mächten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Hand in Hand arbeitet, um die Erkenntnis aus der beherrschenden Mitte der Kultur zu verdrängen. Die Theorie hat durch ihre eigene Selbsterkenntnis (durch Kant) gleichsam die nämliche Lehre gewonnen, die ihr ohnedies durch die reale Entwicklung unserer Kultur aufgezwungen worden wäre, nämlich diese: daß das reale Kulturproblem von der Theorie her einer Lösung nicht zugänglich ist. Es heißt die Tatsachen verkehren, wenn man glaubt, daß die Philosophie durch die moderne Technik zu dem Verzicht auf die Herrschaft über das gesamte Kulturreich gezwungen worden sei; die Philosophie hat vielmehr diesen Verzicht geleistet, als von moderner Technik noch recht wenig zu spüren war: im Jahre 1781 in der Kritik der reinen Vernunft.

Könnte also die Philosophie in der Verlagerung der Akzente nur die Praxis der eigenen Einsicht erkennen, so ist doch andererseits zuzugeben — und dies ist für die krisenhafte Lage bezeichnend —, daß dasjenige, was nunmehr in die beherrschende Mitte eingetreten ist, sich bisher unfähig erwiesen hat, eine wirklich geistige Mitte unseres Daseins abzugeben. Wir wollen die Möglichkeit nicht bestreiten, daß das soziale und wirtschaftliche Problem ein weltanschauliches Ethos aus sich erzeugen könnte, von dem aus in neuer Gestalt die Totalität der Kultur ergriffen und verstanden werden könnte; es wäre dies um so dringender zu wünschen als auf diesem Gebiete Entscheidungen fallen werden, die für das Schicksal und die Zukunft unserer Kultur von nicht geringer Bedeutung sein werden. Aber eine solche kulturelle Fruchtbarkeit des Sozialen und des Wirtschaftlichen würde

voraussetzen, daß beide Gebiete des Lebens wieder die Verscheidenheit lernten, sich dort einzuordnen, wo sie nach ihrer Bedeutung als Mittel menschlichen Daseins ihren „natürlichen“ Platz haben. Der Wirtschaftsabsolutismus ist heute vielleicht die ernsteste Gefahr, die unser kulturelles Dasein bedroht. (Dies ist ganz unpolitisch gemeint und lediglich als Konsequenz einer umfassenden Kulturforderung zu verstehen; auch ließe sich leicht zeigen, daß so verschiedene Standpunkte wie Kapitalismus und Marxismus in der Idee eines „Primats“ der Wirtschaft sich treffen.)

Abschließend erwähnen wir eine letzte, entscheidende Schwierigkeit unserer kulturellen Lage, die mit dem Wesen der Kultur so innig zusammenhängt, daß uns von hier aus leicht ein Übergang zur Begriffsbestimmung der kulturellen Existenz möglich ist, die wir in einem zweiten Abschnitt versuchen. Da jede Kultur ein geschichtliches Gebilde darstellt, so ergibt sich für jede Gegenwart die Frage, wie sie ihre Voraussetzungen, d. h. die Vergangenheit in sich einzubeziehen und zu bewahren vermag. Da aber der geschichtliche Prozeß grundsätzlich als ein unendliches Kontinuum gedacht werden kann, die menschliche Aneignungsfähigkeit der kulturellen Leistungen aber eine endlich beschränkte bleibt, so wird an irgend einem Punkte der Geschichte das Mißverhältnis zwischen dem objektiv Geleisteten und dem subjektiven Menschenmaß in Erscheinung treten. Das gegenwärtige Leben muß dann an seiner eigenen Vergangenheit leiden und sich im Interesse eigener Lebensbewahrung gegen die Überfülle des Vorhandenen wehren. Daß diese Situation für uns in einer bisher unerhörten Weise gegeben ist, kann nicht geleugnet werden. Eine eifrige und erfolgreiche Wissenschaft ist bemüht, den ganzen Reichtum der kultivierten Erde um uns zu versammeln und eine historistische Geschäftigkeit weiß uns auch noch das Fernste „interessant“ zu machen. (Es wäre weniger „interessant“, wenn es uns näher und verständlicher wäre!) Und der Erfolg dieser unendlichen „Bildungs“-mittel? Eine mitleiderregende Urteilslosigkeit, ein historischer Relativismus und im letzten eine Stumpfsicht gegen alles Große und Einzige der Geschichte. Haben am Ende nicht die recht, die uns raten zu vergessen, daß wir späteste Enkel sind? Wollen wir nicht lieber arm sein, wenn unser Reichtum uns nur ärmer machen kann? Aber ehe wir diese Frage entscheiden, müssen wir uns darüber klar werden, ob wirklich nur dieses Entweder-Oder möglich ist; dies wird uns zunächst auf das Verhältnis von Geschichte und Kultur führen.

(Fortf. folgt.)

## „Eine schulpolitische Frage im Landtag.“

Unter dieser Überschrift brachte der „Badische Beobachter“ vom 17. Mai 1929 ein „Stimmungsbild“, in dem u. a. folgendes zu lesen war:

Zu denken gab und gibt eine demokratische Anfrage, die sich mit den zur Zeit überhaupt nicht mehr dort vorhandenen (!) katholischen Studierenden der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg befaßt. Bekanntlich ist in Heidelberg der Lehrgang zwar der gleiche wie an der entsprechenden Anstalt in Freiburg; es werden aber die sogenannten Unterscheidungsfächer für protestantische Studierende speziell vorgetragen, und katholischer Religionsunterricht fehlt. Damit ist schon gesagt, daß für katholische Lehrstudenten der Besuch der Anstalt in Heidelberg in der Regel schon aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ratsam ist; denn es fehlt ihnen im späteren Verlaufe zum eigenen Nachteil die Möglichkeit, Religionsunter-



richt zu erteilen. Insofern schon ist die demokratische Anfrage merkwürdig, als die Nachteile, welche aus dem Besuch der Heidelberger Lehrerbildungsanstalt für künftige katholische Lehrer erwachsen, von der Regierung gar nicht beseitigt werden können. Nicht die Regierung, sondern die kirchliche Behörde entscheidet doch immer noch über die Befähigung zum Religionsunterricht. Das gab die Regierungserklärung den Fragestellern auch zu wissen. Aufnahme wird darnach dem katholischen Studierenden in Heidelberg nicht versagt werden, aber die Nachteile im Verufe aus der Nichtbefähigung zum Religionsunterricht werden nur in Ausnahmefällen durch das (besondere?) Wohlwollen der Regierung beseitigt werden können.

Welches ist nun die tatsächliche Grundlage zu der hier gegebenen Betrachtung?

Bekanntlich ist bei der Verabschiedung des Lehrerbildungsgesetzes von Regierungsseite ausdrücklich zugestanden worden, daß auch in den als — allerdings nicht im Gesetzeswort, sondern nur in der Begründung der Vorlage — konfessionellen Charakter tragenden Anstalten Freiburg und Heidelberg Angehörige der Minderheitskonfessionen aus den Anstaltsorten und deren Umgebung aufgenommen werden sollen.

Diese Selbstverständlichkeit wurde bisher durch die Haltung des Erzbischöflichen Ordinariats verhindert. Dieses, das — zu Lasten des Staates — die Einrichtungen zur Vorbereitung der Studierenden auf die Erteilung des Religionsunterrichtes zu treffen berufen ist, hat es bis jetzt abgelehnt, an der LWL Heidelberg eine solche Einrichtung zu schaffen, d. h. Dozenten zur Verfügung zu stellen. Und das, trotzdem der Staat sämtliche Kosten hierfür zu tragen verpflichtet und bereit ist. So kam es, daß schon 1928 bei den Aufnahmen einige katholische Studierende nach Beginn der Studienzeit wieder von Heidelberg weg und den anderen Anstalten zu gewiesen wurden.

Auch Ostern 1929 hatten sich vier in Heidelberg selbst wohnende katholische Abiturienten für die dortige LWL gemeldet und waren aufgenommen worden. Nach unseren Feststellungen wurden diese Studierenden, bzw. ihre Eltern, darauf aufmerksam gemacht, daß sie in der LWL Heidelberg keine Ausbildung für den Religionsunterricht und deshalb auch nicht die *missio canonica* erhalten können. Dabei wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Geistlichen „im Auftrage von Freiburg“ kämen. Angesichts dieses Druckes, der nach unserer Unterrichtung auch dahin erweitert worden sei, daß die Anstellungsfähigkeit überhaupt gefährdet sei, gaben zwei hiervon ihre Absicht, zum Lehrerstudium überzugehen, auf, zwei andere folgten dem „Rat“, sich in die „katholische LWL“ überweisen zu lassen. *O r n e* habe niemand diese Änderung vollzogen, was angesichts der Sachlage und auch der wirtschaftlichen Wirkung nur zu begreiflich ist.

Nun hatte die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei folgende „Kurze Anfrage“ im Landtage über die „Ausbildung katholischer Studierender an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg“ eingebracht:

#### Ausbildung katholischer Studierender an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg.

1. Ist der Regierung bekannt, daß katholische Studierende der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg, an der nach den Zusicherungen der Regierung bei der Verfassung des Lehrerbildungsgesetzes — Stenogr. Prot. Sp. 3479 — auch in Heidelberg und Umgebung wohnhafte katholische Studierende aufgenommen werden sollen, um die Zu-

weisung an die Anstalten in Freiburg und Karlsruhe gebeten haben, weil ihnen vom katholischen Stadtpfarrer in Heidelberg im Auftrage des Erzbischöflichen Ordinariats eröffnet wurde, daß Studierende der Anstalt Heidelberg die Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichtes nicht erlangen werden?

2. Ist die Regierung bereit, entsprechend dem von ihr bei der Beratung des Lehrerbildungsgesetzes vertretenen Standpunkt den in Heidelberg und Umgebung wohnenden Katholiken an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg ihre Ausbildung zu gewähren?

3. Ist die Regierung weiter bereit, zuzusichern, daß Studierenden einer Lehrerbildungsanstalt, für die ohne ihr Verschulden die Vorbereitung für die Erteilung des Religionsunterrichtes nicht ermöglicht wird, keinerlei Nachteile in ihrer späteren Verwendung im staatlichen Schuldienst entstehe?

Die Antwort der Regierung wurde mit folgenden Feststellungen gegeben:

„Von den vier katholischen Studierenden, die entsprechend den bei der Beratung des Gesetzes von der Regierung aufgestellten Grundsätzen auf ihren Wunsch zu Beginn des laufenden Studienjahres der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg zugewiesen wurden, haben sich nachträglich zwei anderen Berufen zugewandt und zwei haben um ihre Zuweisung an die Lehrerbildungsanstalten Freiburg und Karlsruhe gebeten und sie erhalten. In einem Fall wurde die Bitte damit begründet, daß — wie man unterrichtet sei — beim Studium in Heidelberg die Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichtes nicht erlangt werden könne.“

Der Unterricht in Religionslehre an den Lehrerbildungsanstalten ist eine Angelegenheit der Religionsgesellschaften, an der die Unterrichtsverwaltung nur insofern beteiligt ist, als sie die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen muß. Dazu ist die Unterrichtsverwaltung gegenüber jeder anerkannten Religionsgesellschaft und an jeder Anstalt bereit. Die Entscheidung über die Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichtes steht den Religionsgesellschaften zu. Auf die Voraussetzungen für diese Entscheidung kann die Unterrichtsverwaltung darüber hinaus, daß sie Gelegenheit zu Prüfung und Unterricht in Religionsunterricht bietet, Einfluß nicht ausüben.

Die Regierung hält es für ihre Pflicht, in Heidelberg und Umgebung wohnhaften Katholiken an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg ihre Ausbildung zu gewähren. Die Regierung kann auch zusichern, daß, wenn weiterhin katholische Studierende an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg Unterricht in Religionslehre und die Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichtes nicht erhalten können, diesen katholischen Studierenden nach Beendigung ihres Studiums in ihrer späteren Verwendung im staatlichen Schuldienst keinerlei Nachteile entstehen werden.“

Diese Feststellung enthält das, was staatspolitisch gar nicht unterdrückt werden konnte:

1. daß das Erzbischöfliche Ordinariat eine Gelegenheit zur Einrichtung religiöser Unterweisung bzw. Studien nicht wahrnimmt;
2. daß deshalb Studierende entgegen ihrem und ihrer Eltern Willen und trotz der wirtschaftlichen und sonstigen Folgen



darauf verzichten müssen, das Studium am Wohnort durchführen zu können;

3. daß der Staat zwar auf die Einrichtung religionswissenschaftlicher Studienmöglichkeiten an den Lehrerbildungsanstalten keinen Zwang auszuüben vermag, andererseits aber es „für seine Pflicht hält, Studierende, denen die Möglichkeit zur Erlangung der Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichtes trotz der staatlichen Bereitschaft, die Kosten hierfür zu tragen, nicht geschaffen wird, in ihrer späteren Verwendung im staatlichen Schuldienst vor Benachteiligung zu schützen.“

Diese Antwort scheint uns nicht nur den Tatbestand einwandfrei zu charakterisieren, sondern auch den Erwartungen, die der Staatsbürger an eine solche Regierungserklärung hinsichtlich der Autonomie des Staates knüpfen muß, zu entsprechen. Es bleibt zu hoffen, daß sachlich und nachdrücklich dieser Schutz des Staates gewährt wird und daß sich in Zukunft alle diejenigen, deren Absicht auf ein Studium am Ort gerichtet ist, gemäß dieser Schutzzusage verhalten.

Was macht aber nun die Zentrumspresse daraus? Wir bringen am besten den Wortlaut einer Notiz des B. V. vom 18. 5. 29, in welcher die Absicht der demokratischen Anfrage folgendermaßen glossiert wird:

Die Absicht der demokratischen Anfrage.

„Das Lehrerbildungsgesetz in Baden hat uns bekanntlich drei Lehrerbildungsanstalten gebracht: Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg. Freiburg und Heidelberg sind als Anstalten konfessionellen Charakters festgelegt — Freiburg katholisch, Heidelberg evangelisch —, während die dritte, Karlsruhe, paritätischen bzw. simultanen Charakter hat, so daß sowohl Katholiken als Evangelische ihre volle Ausbildung erfahren können. Kultus- und Unterrichtsminister Leers hat im Juni vorigen Jahres dem Abg. Obkircher gegenüber ausdrücklich auf diesen Tatbestand aufmerksam gemacht, der eine alte, vom Gesetzgeber anerkannte badische Tradition aufrecht erhält.

Den Demokraten, die bekanntlich in dem Landtag, der das Lehrerbildungsgesetz schuf, nicht der Regierungskoalition angehörten, ging die Beibehaltung dieser Tradition gegen den Strich. Sie suchten, als sie über die Annahme des Lehrerbildungsgesetzes nicht mehr im Zweifel sein konnten, nach einem Hintertürchen, um den konfessionellen Charakter der Anstalten in Freiburg und Heidelberg etwas verwischen zu können. Daher stellte damals der Abg. Hofheinz die Frage an den Unterrichtsminister Remmele, ob nicht auch in Freiburg Protestanten und in Heidelberg Katholiken aufgenommen werden könnten, worauf der Minister die Antwort gab, daß das „in Einzelfällen“ auf begründeten Antrag hin geschehen könne.

Die weitere Etappe auf diesem Gebiet war nun für die Demokraten, ihre kurze Anfrage an die Regierung wegen der Katholiken, die tatsächlich an der Heidelberger Anstalt aufgenommen waren, aber dort selbstverständlich nicht auch als katholische Religionslehrer ausgebildet werden konnten, weil die Heidelberger Anstalt eben grundsätzlich evangelischen Charakter und daher katholischen Religionsunterricht nicht hat. Den Demokraten kam es bei ihrer Anfrage vor allem darauf an, durch den Minister feststellen zu lassen, daß die Regierung katholischen Studierenden, die ihr Studium an der Heidelberger Anstalt machen und also nicht als katholische Religionslehrer ausgebildet werden können, daraus keinerlei Nachteile erwachsen lasse, sondern sie ohne weiteres in den Schuldienst aufnehmen, auch wenn sie von

vornherein dadurch nicht als Lehrer für den katholischen Religionsunterricht zugelassen werden können. Und diese Zusage wurde ihnen in der kurzen schriftlichen Antwort des Herrn Ministers gemacht. Das war den Demokraten das Wichtigste. Dadurch würde ja Heidelberg zu einer Lehrerbildungsanstalt für katholische Studierende, die von vornherein entschlossen sind, keinen Religionsunterricht zu erteilen. Das ist zweifellos die Konsequenz aus der demokratischen Anfrage und der Antwort des Ministers. Man wird bei dieser Situation an das Wort des einstigen Ministers v. Dusch erinnert, der im Landtag 1910, als der Großblock den Antrag auf Simultanisierung aller Lehrerseminare stellte, unter anderem das Wort sprach: „In Wirklichkeit geht ja die Sache ganz wo anders hinaus: Es geht gegen den Religionsunterricht der Lehrer.“

Die demokratische Anfrage und die Antwort des Ministers steht wie eine weitere Etappe auf diesem von demokratischer Seite (Hofheinz) verfolgten Weg aus. Man wird sich auf unserer Seite die ernste Frage stellen müssen, was unter solchen Umständen zu tun ist.“

Vom schulischen Standpunkt aus und vom Standpunkt der Lehrerbildung für die badische Simultanschule sei an dieser Stelle nur an folgendes erinnert:

Die badischen Lehrerseminare der früheren Zeit hatten jedenfalls nicht so sehr unter den „konfessionalisierenden Absichten“ kirchlich-klerikaler und konfessionell-politischer Kreise zu leiden wie es den neuen Lehrerbildungsanstalten droht. Bei der Beratung des Lehrerbildungsgesetzes war nur zu deutlich ersichtlich, daß gewisse konfessionellen Kreise eine Konfessionalisierung der Lehrerbildung nach Strich und Faden am liebsten gesehen hätten. Umso mehr anzuerkennen, wenn dort von verschiedenen Seiten dem mit allem Nachdruck entgegengetreten wurde. Auch die Frage des Abg. Hofheinz an den damaligen Unterrichtsminister Remmele, ob nicht auch in Freiburg Protestanten und in Heidelberg Katholiken aufgenommen werden könnten, war nur zu berechtigt, wie gerade jetzt die geschilderten Vorgänge zeigen. Wenn aber weiterhin vom B. V. besonders darauf abgehoben wird, daß „bekanntlich in Heidelberg der Lehrgang zwar der gleiche wie an der entsprechenden Anstalt in Freiburg sei, daß aber die sog. Unterscheidungsfächer für protestantische Studierende speziell vorgetragen werden...“, so ist dem nachdrücklich zur Seite zu stellen, was auf die Anfrage des Abg. Hofheinz der damalige Unterrichtsminister Remmele wiederholt und nachdrücklich erklärt hat (u. a. Sp. 1470 von 1926):

„Wie auf Seite 15 Ihres Berichtes steht, habe ich geantwortet:

Auch in den konfessionellen Anstalten müsse der Geist der badischen Simultanschule in vollem Maße zum Ausdruck kommen; Lehrstoff und Methode seien in allen Anstalten gleich. Grundsätzlich dürfe kein Unterschied gemacht werden usw. Ich wiederhole, daß so, wie bisher, Lehrstoff, Ausbildung, Lehrfähigkeit an allen drei oder mehr Anstalten — wenn weitere hinzukommen — völlig gleichgestaltet wird, und daß wir uns auf den Standpunkt stellen, daß das Ziel der Ausbildung ein einheitliches sein muß; selbstverständlich nicht in den Fächern, wo die religiöse Zugehörigkeit des Lehrers etwas anderes bedingt, das ist Religion, ist Musik und derlei Dinge. Im übrigen wird die Geschichte — wie ich hoffe, in gar nicht allzulanger Zeit — dann, wenn wir uns praktisch betätigen können, erweisen, daß es auch bei dieser Behauptung



und — wie ich hinzufügen muß, Befürchtung — um nicht Schlimmeres zu sagen — sich um eine Seifenblase gehandelt haben wird. Den status quo werden wir beweisen durch unsere Geschäftsführung, durch die Art, wie wir die Lehrerbildungsanstalten ausbilden und führen wollen.“

Diese Feststellung eines sozialdemokratischen Ministers, der im gleichen Augenblick das Odium der Belastung zweier Anstalten mit dem „konfessionellen Charakter“ auf sich nimmt, muß als ernste Verpflichtung angesehen werden, auch diese „charakterisierten“ Anstalten vor der Konfessionalisierung im „Geist, in Lehrstoff und Methode“ zu schützen. Der hier behandelte Vorgang gibt demgegenüber ein treffendes Bild des tatsächlichen Verlaufes, und auch ein Blick nach Freiburg offenbart fortschreitende Konfessionalisierung dieses „Geistes“ der neuen Lehrerbildung. Wir jedenfalls von der Lehrerschaft haben allen Grund, diese Dinge auch weiterhin wachsam zu verfolgen. Und — wie wir denken — auch der Staat.

## Die Ministerrede in Dortmund.

Von H. Wigge.

Auf der preußischen Lehrerversammlung in Dortmund hat Minister Becker u. a. zur preußischen Lehrerbildungsreform Stellung genommen, die dem Deutschen Lehrerverein und seinen Zweigvereinen nur zur ernststen Beachtung empfohlen werden kann. Unsere Absicht, uns hierzu aus eigener Anschauung kritisch zu äußern, stellen wir zurück zugunsten der folgenden Ausführungen eines hervorragenden und bewährten Kämpfers der preußischen Lehrerschaft, der in langen Jahrzehnten als Führer zu freiheitlicher Entwicklung von Schule und Lehrerschaft sich im D. L. V. einen ausgezeichneten Namen erworben hat. Vieles, nur zu vieles, von dem hier Ausgesprochenen gilt auch für Baden, wenn schon das Blickfeld selbst naturgemäß sich in erster Linie auf preußische Verhältnisse bezieht. Auch die badischen verantwortlichen Kreise möchten die ernststen Mahnungen und Warnungen nicht von der Hand weisen.

Die Vereinsleitung.

Die Botschaft, Minister Becker werde auf dem Preußischen Lehrertage in Dortmund sprechen, gab der Erwartung Raum, einmal aus berufenem Munde etwas Näheres zu hören über das schulpolitische Programm der gegenwärtigen Koalitionsregierung in Preußen. Und das erfüllte sich dann auch. Die Ansprache, die ausgezeichnet, vorher also reiflich überlegt und mit aller Vorsicht geformt war, ist öffentlich gehalten, durch die Presse verbreitet, und so kann es denn den Herrn Minister nicht überraschen, wenn freimütig Kritik an ihr geübt wird. Zu diesem Zwecke will ich sie zunächst einmal alles Dekorativen und Konventionellen entkleiden und ihre philosophische Dialektik in die Sprache und die Logik des nüchternen Denkens übertragen. Diese Änderung betrifft also nicht den Inhalt, sondern lediglich die Form. Es kommt mir nur darauf an, das Wesentliche getreu, klar und allgemein verständlich herauszuheben, und da lautet die Ansprache folgendermaßen:

„1. Im modernen Volksstaate hat der Unterrichtsminister die Interessen aller Lehrergruppen zu vertreten. Damit beginnen schon die Schwierigkeiten. Denn jede hat ihre Sonderinteressen, und die der einen sind unvereinbar mit denjenigen der andern. Jede, die durch ein Besonderes herausgehoben ist aus der Masse, sei es durch eine Prüfung, einen Titel, eine Gehaltsstufe oder die Tätigkeit an einer bevorrechteten, höher bewerteten Schulart, fordert, wenn nicht Vergrößerung, so doch mindestens die Erhaltung des Abstandes von der Masse und würde jede Änderung zugunsten der Allgemeinheit für eine Verletzung wohlverborener Rechte erklären. Das Besondere ist ihr heilig, unantastbar. Da bleibt einem verantwortungsbewußten Minister nichts anderes übrig, als alles beim Alten zu lassen und zu mahnen: Schiele nicht immer einer nach dem andern! Suche jeder sein Genüge in dem Adel seiner Arbeit an der Jugend! Damit ist jeder Widerstreif der Interessen aus der Welt geschafft, auch der Streit um die Befoldungsordnung, die sich nun einmal der Leistung anpassen muß, und dem Minister ist die Vertretung der Interessen aller Lehrergruppen wesentlich erleichtert.

2. Nicht minder groß sind die Schwierigkeiten, den sich widerstreitenden Interessen der „schiefer unübersehbaren Schularten“ gerecht zu werden, zumal die Interessen der Schularten die der hinter diesen stehenden Lehrerorganisationen sind. Mögen alle noch so viel gemeinsam haben, jede hat doch ebenfalls ein Besonderes, sei das nun die Bezeichnung oder ein Unterrichtsfach oder die Wochenstundenzahl für ein Fach oder sonst eine geschichtliche Eigentümlichkeit des Lehrplanes. Und dies Besondere, mag es noch so nebensächlicher Art und noch so veraltet sein, es ist das Wesen der Schulart geworden; es bestimmt ihren Charakter und begründet ihre Selbstständigkeit und Abgeschlossenheit, und die hinter den mittleren und höheren Schularten stehenden Lehrerorganisationen wollen davon nichts aufgeben. Sie lehnen eine Vereinheitlichung oder Verschmelzung derselben ebenso scharf ab wie eine Verkürzung des Lehrganges. Und mit Recht. Denn es unterliegt ja keinem Zweifel, daß die auf einem sechsjährigen Unterbau aufgebauten sechsjährigen höheren Schulen in Amerika und Skandinavien nach der intellektuellen Seite hin erheblich geringere Leistungen aufweisen als unsere neunjährigen höheren Schulen. Da muß ein verantwortungsbewußter Minister auch bezüglich des Schulaufbaues sich für das Festhalten am Alten entscheiden. Die amtlichen Richtlinien für die Lehrpläne, angepaßt der Eigenart aller Schulen, sind ein gewaltiger Versuch zu einer einheitlichen Volksbildung, und der „Wirtwarr der Schultypen“ ist beseitigt durch den Namen „differenzierte Einheitschule“. Diese ist die harmonische Zusammenfassung des bewährten Alten und des guten Neuen. Das Alte hat für die Neuordnung des Schulwesens die Sache geliefert, das Neue den Zunamen. Nun störe keiner die Weiterentwicklung durch pädagogischen Übereifer; keiner trage reformerische Unruhe hinein! Das erschwert nur einer verantwortungsbewußten Regierung die Vertretung der Interessen aller in der differenzierten Einheitschule zusammengefaßten Schularten.

3. Die Schule ist nicht nur eine Angelegenheit der Lehrerschaft und des Staates, sondern in noch höherem Maße eine Angelegenheit geistiger Mächte, vor allem der Kir-

\* S. Becker, Die Pädagogische Akademie im Aufbau unseres nationalen Bildungswesens, S. 23 und 24.

\* S. Becker a. a. O.



den. Diese sind im modernen Volksstaate weit stärkere politische Machtfaktoren als im alten Staate, und das darf ein verantwortungsbewußter Minister nicht unterschätzen. Er darf an die Idee der Simultanschule glauben; aber wie gewiß immer sein mag, daß die Reichsverfassung sie als Regelschule fordert, ebenso gewiß ist, daß kein Reichsschulgesetz in absehbarer Zeit diese Forderung erfüllen kann, weil 1. die Kirchen sie nicht wollen und heute die Kirchen stark sind, der Staat dagegen schwach ist, 2. wir uns keinen zweiten Kulturkampf leisten können, nachdem schon „das siegreiche Kaiserreich am ersten fast verblutet wäre“, 3. die Buntscheckigkeit unseres Schulwesens ganz dieselbe bleiben würde, 4. die allgemeine Hebung unseres Schulwesens wichtiger ist als die Erfüllung der Reichsverfassung, 5. die krankhafte Erschütterung des Staatsgedankens in der deutschen Volksseele eine Konfessionalisierungstendenz geweckt hat, 6. Religion eine Notwendigkeit der deutschen Seele, Konfession ihr äußerer Ausdruck, Kirche ihre organisierte Form ist und im Ringen um die deutsche Volksseele die Kirchen gegenwärtig die Oberhand haben, 7. die neue deutsche Republik durch die Erziehung zu ihr erst einmal moralisch erstarken muß, bevor sie den Kampf um die Seele unseres Volkes und damit um die Schule mit der Kirche erfolgreich auskämpfen kann. Alle diese und andere Gründe müssen einen verantwortungsbewußten Minister bestimmen, die Durchführung des Artikels 146 der Reichsverfassung einer Zeit zu überlassen, in der die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, bis dahin am geschichtlich Gewordenen d. h. an der Konfessionsschule als Regelschule festzuhalten und lediglich deren grundsätzliche Staatlichkeit zu schützen. Nun wittere man auch hinter allem Tun und Lassen der Regierung nicht immer kirchliche Einflüsse und rede nicht so viel von politischer Reaktion in der Republik! Reichen wir uns vielmehr vertrauensvoll die Hände zur gemeinsamen Lösung neutraler Probleme! Dann bleibt Ruhe und Frieden im Lande!

4. Die Krönung der Neuordnung unseres Schulwesens bildet die neue Lehrerbildung. „Ihre schicksalhaften Faktoren“ sind die Pädagogischen Akademie, das Abitur als Voraussetzung zum Besuche derselben, die Berufung des Leiters und der Dozenten für die einzelnen Lehrfächer aus den Kreisen der Studiendirektoren und Studienträte und die Einstufung des Leiters und der Dozenten in die Professorenklassen der anderen Hochschulen. Das sichert den hochschulmäßigen Charakter und bürgt dafür, daß Preußen in 10 Jahren die besten Volksschullehrer in ganz Deutschland hat. Die Bedürfnisse der Volksschule fordern die Konfessionalisierung der Pädagogischen Akademie und bestimmen die höheren Ziele, die sie zu verwirklichen hat, nämlich Menschenforschung durch Einführung des Kindes in die Grundelemente des Lesens, Schreibens und Rechnens, durch Vermittelung des Volksschulwissens im Geiste moderner Pädagogik, durch Unterricht in der Fortbildungsschule, Sportbetätigung, Leitung von Gesangvereinen, Volkshochschularbeit und endlich durch staatsbürgerliche und wirtschaftliche Belehrung der Gemeinde. Für die Ertüchtigung zu solcher Menschenformung würde nichts so ungeeignet sein wie die reine Universitätsluft; denn dazu gehört eine Menschlichkeit, wie sie in der philosophischen Fakultät zwar gelehrt, aber nicht gelebt wird. Darum muß bei der Errichtung Pädagogischer Akademien die Verbindung mit den Universitäten ausgeschaltet werden. In der neuen Lehrerbildung lebt etwas grundsätzlich Neues, noch nie Dagewesenes, das zwar nicht aus-

reicht für den Unterricht in Mittelschulen, geschweige denn in der Sexta der höheren Schulen, eine besondere Mittelschullehrer-, Fachschullehrer- und Oberlehrerbildung also nicht entbehrlich macht, das aber vorbildlich werden wird für die Reform der Universitäten und den Volksschullehrer zum vorbildlichen Erneuerer deutschen Lebens und zum Baumeister unserer staatlichen Zukunft erhebt. So lasse man denn das grundsätzlich Neue seine eigenen Wege gehen und lege seinem Aufstieg zu akademischer Höhe grundsätzlich keine Grundsätze hindernd in den Weg! „Entprinzipialisierung“ sei die Losung für unser Handeln! Entprinzipialisieren wir auch die neue Lehrerbildung, mit welcher der Unterrichtsminister steht und fällt! Dann wird nach dem Urteil kommender Geschlechter die Pädagogische Akademie für unsere Zeit das sein, was die Gründung der Universität Berlin einst für die ihrige war.“

So sieht die entdekorierte und entphilosophierte Rede des Ministers aus. Die hinter ihren Worthülsen sich verbergenden Widersprüche treten nun so deutlich hervor, daß sich ein besonderer Hinweis auf dieselben erübrigt. Ich beschränke mich darum auf kritische Bemerkungen allgemeiner Art.

Der moderne Volksstaat ist organisierte Volksgemeinschaft. Das Wohl der Gesamtheit zu fördern, ist sein höchstes Gesetz. Das Wohl aller ist zugleich das Wohl des einzelnen Gliedes und das berechnete Einzelinteresse umschlossen vom Allgemeininteresse. Mit der Unterordnung aller Sonderinteressen unter die Interessen der Gesamtheit steht und fällt der Volksstaat. Aufgabe der höchsten Beamten des Volksstaates ist die Wahrnehmung und Vertretung der Interessen der Gesamtheit; damit sind auch die berechtigten Interessen der einzelnen Glieder aufs beste gewahrt. Darum hat auch ein Unterrichtsminister nicht die „sich widerstrebenden“ Sonderinteressen einzelner Lehrergruppen und einzelner Schularten zu vertreten, wohl aber ist er dafür verantwortlich, daß sich deren Sonderinteressen nicht zum Nachteil der Gesamtheit auswirken. Die Gefahr solcher Auswirkung ist vorhanden und kann nicht dadurch beschworen werden, daß man alles so laufen läßt, wie es eben läuft, und alles so bleibt, wie es eben ist. Ich bin lange genug im praktischen Schuldienste tätig gewesen, habe lange genug die Entwicklung mit sehenden Augen verfolgt, um auf Grund meiner Erfahrungen behaupten zu dürfen, daß die Art, wie einzelne Lehrergruppen herausgehoben sind, ebenso wenig zu den Voraussetzungen einer möglichst hohen, einheitlichen Volksbildung gehört und damit ebenso wenig zu den Lebensnotwendigkeiten der Volksgemeinschaft, wie der „Wirrwarr der schier unübersehbaren Schultypen“. Je einheitlicher der Lehrerstand, um so einheitlicher die Volksbildung; je einheitlicher die Volksbildung, um so stärker das Zusammengehörigkeitsgefühl des Volkes, und je stärker dieses, um so stärker der Volksstaat. Wenn die Jugend in der Schule erlebt, daß die Lehrergruppen das Ganze der Volksbildung unter dem Gesichtswinkel ihrer Sonderinteressen sehen, wie soll sie da lernen können, später einmal ihre eigenen Sonderinteressen dem Gesamtinteresse unterzuordnen? Wenn den einzelnen Lehrergruppen jedes Gefühl, jedes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit abgeht, wie könnten sie es da in der Jugend wecken? Und wie könnte die Jugend Volksgemeinschaft erleben, wenn nicht das Schulwesen der pädagogische Ausdruck der Volksgemeinschaft ist? Jedenfalls nicht dort, wo jeder Schulart ein eigener Charakter aufgeprägt ist, jede unbekümmert um die anderen ihre eigenen Wege geht und jede in erster Linie das Trennende herauskehrt und pflegt. Diese differenzierte Einheitschule



könnte selbst dann keine einheitlichen Werte zeitigen, wenn die der Eigenart der einzelnen Schularten angepassten amtlichen Richtlinien pädagogisch einwandfrei wären, und auch das sind sie nicht einmal.

Differenzierte Einheitschule — logisch für mich dasselbe wie ein eckiger Kreis. Ich kann grundverschiedene Schularten dem Begriffe Schule unterordnen, aber den Begriff des Differenzierten nicht dem Begriffe des Einheitlichen. Einheitlichkeit der Volksbildung bedeutet keineswegs Einförmigkeit, Einartigkeit, wohl aber organischen Zusammenhang der einzelnen Teile, organisches Weiterstreiten von einer Bildungsstufe zur andern. Einen solchen organischen Aufbau des Schulwesens aber, der den Inhalt des Begriffes Einheitschule ausmacht, lehnt der Minister ab mit der Begründung, daß die auf einem sechsjährigen Unterbau aufgebauten sechsjährigen höheren Schulen Amerikas und Skandinaviens auf intellektuellem Gebiete erheblich geringere Leistungen aufzuweisen hätten als die grundständigen neunjährigen höheren Schulen Deutschlands. Auf welche Tatsachen er diese Behauptung gründet, sagt er nicht. Jedenfalls gibt es deutsche Professoren, welche mit Studenten jener Länder andere Erfahrungen gemacht haben. Ich erinnere mich auch nicht, daß die auf höheren Schulen Gebildeten des Inlandes und des Auslandes jemals auf ihre Intelligenz hin geprüft und verglichen worden wären. Sollte der Minister etwa Einzelfälle verallgemeinert und sich dadurch das Gewünschte vorgetäuscht haben? Oder sollte er von der größeren Länge und Breite des Raumes, welchen die Pflege der alten Sprachen in einzelnen neunjährigen höheren Schulen einnimmt, auf eine höhere Intelligenz der Schüler geschlossen haben? Es wäre ein noch bedenklicherer Trugschluß und eine noch gefährlichere Selbsttäuschung. Aufpassen muß es, daß er sechsjährige höhere Schulen des Auslandes zum Vergleich heranzog, wo ihm doch unsere deutschen sechsjährigen *Aufbauschulen* zur Verfügung standen und gesicherte Unterlagen boten. Der Minister ist fest entschlossen, an seiner differenzierten Einheitschule nichts zu ändern, und suchte das mit höheren Leistungen derselben zu begründen. Nun haben aber unsere deutschen Aufbauschulen den Beweis erbracht, daß sie in ihren Leistungen den neunjährigen höheren Schulen nach keiner Seite hin nachstehen. Ein Vergleich hätte also wohl für die Notwendigkeit, aber nicht für die Ablehnung einer Reform des Schulwesens gesprochen. Darum mußte er unterbleiben.

Das offene Bekenntnis zur Idee der Simultanschule ist dem Minister gerade von der Seite arg verdacht worden, die er durch seine Stellung zur Verwirklichung derselben als Regelschule zu befriedigen sucht. Daß er bei der Erklärung seines Verhaltens den Satz prägte: „Der Staat ist heute schwach, und die Kirchen sind stark“, bedauere ich tief. Ich wollte, er wäre nicht gesprochen. Ich sehe darin eine wenig diplomatische Bloßstellung, ja, eine Vankerofterklärung des Staates und eine ebensowenig diplomatische Ermütigung der Kirchen, den günstigen Augenblick für die Durchführung ihrer Schulforderungen nicht unbenußt zu lassen. Beides hat der Minister sicher nicht beabsichtigt; aber kann die Wirkung seines Wortes eine andere sein? Der Staat ist Form und eine Form an sich weder stark noch schwach. Ihre Stärke und Schwäche ist immer die ihrer Träger, und das sind in erster Linie die leitenden Staatsmänner. Gewiß vermag im Volksstaate eine einzelne Persönlichkeit nichts ohne die Massen; aber diese wollen geführt sein und folgen auch heute noch lieber dem starken Willen als dem schwachen, lieber dem, der weiß, was er will, als dem, der überall hinhorcht, um sich von andern sagen zu lassen, was er tun soll,

lieber dem, der entschlossen und unbeirrt das Wohl des Ganzen verfolgt, als dem, der es jedem recht machen möchte, und wenn ihm das nicht möglich ist, gar nichts tut. Fehlt den verantwortlichen Vertretern des Staates Willensstärke, Entschlußkraft, Tatkraft, dann ist es nicht zu verwundern, wenn stärkere Persönlichkeiten die Staatsform den Interessen fremder Formen dienstbar machen. Stärke hat schon oft den Erfolg gemeistert oder doch vorbereitet, Schwäche niemals. Warum sind denn heute die Kirchen stark? Doch nur deshalb, weil ihre Interessen, ihre Ansprüche, ihre Ziele durch stärkere Persönlichkeiten vertreten werden als die des Staates. Gewiß wird der kirchliche Einfluß dadurch gestärkt, daß „man Angst vor ihm hat“. Aber wer ist es denn, der ihn fürchtet? Doch nicht, wer „hinter jeder Maßnahme der Regierung eine klerikale Tendenz wittert“, sondern der, der sich in seinem Handeln im Wesentlichen durch die Rücksicht auf die kirchlichen Mächte bestimmen läßt. Und gibt der Minister nicht selber zu, daß er das tut, wenn er von Realitäten spricht, gegen die anzukämpfen aussichtslos sei?

Beanspruchen muß ich auch die Frage: „Kann sich das niedergeworfene Deutschland einen Kulturkampf leisten, an dem einst das siegreiche Kaiserreich fast verblutet wäre?“ Hier verleitet das Wort „Kulturkampf“ den Minister zu jenem reinen Wortdenken, das den Philosophen eigen ist. Es wird mit Worthüllen operiert, nicht mit den Wirklichkeitswerten der Wörter, nicht mit ihrem konkreten Inhalte. Kulturkampf und Kulturkampf ist keineswegs dasselbe. Ein anderer war der, in dem Bismarck sich wehrte gegen die Unterordnung des Staates unter die Kirche in rein staatlichen Angelegenheiten, und ein anderer der Kulturkampf, in dem die Kirche sich gegen die Unterordnung unter den Staat in rein kirchlichen Angelegenheiten wehrte und ihre Selbständigkeit verteidigte. In jenem war Bismarck unzweifelhaft der Sieger; da jubelte ihm das Volk zu; da hatte er den Volkswillen hinter sich. In diesem war der Sieg aufseiten der Kirche, war der Gang nach Canossa unvermeidlich. Wie ist nun die gegenwärtige Lage? Sie gleicht ganz gewiß nicht der, in welcher sich das deutsche Reich fast verblutet hätte. „Es gibt keine Staatskirche; jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes; sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde“, bestimmt die Reichsverfassung. Es würde also gesetzlich unmöglich sein, reine Angelegenheiten der Kirche zu Angelegenheiten des Staates zu machen. Die öffentliche Bildung der Jugend aber ist gesetzlich ein Hoheitsgebiet des Staates und daran ändert nichts, daß die Reichsverfassung dem Staate die Verpflichtung auferlegt hat, auf seine Kosten in den öffentlichen Schulen konfessionellen Religionsunterricht erteilen zu lassen. Gehen die Machtansprüche der Kirche darüber hinaus, beansprucht sie, daß die gesamte Bildung der Jugend in den Dienst ihrer Zwecke gestellt und alles rein weltliche Bildungsgut in kirchliche Fesseln geschlagen werde, dann gleicht die Lage derjenigen, welche Bismarck zur erfolgreichen Abwehr kirchlicher Übergriffe in das Hoheitsgebiet des Staates zwang. Mag sich die Staatsform geändert haben, die Abwehr würde heute ebenso erfolgreich sein, wie sie es einst war, wenn hinter ihr ein gleich starker Wille stände. Der würde auch jetzt sehr bald der Wille der großen Mehrheit unseres Volkes werden. Unsere Zeit steht keineswegs im Banne einer das erschwerenden Konfessionalisierungs-



tendenz. Was dem Minister als solche erscheint, und was man gern auch als religiösen Zug bezeichnet, ist nicht etwas Innerliches, innerem Bedürfnis Entsprechendes; es ist, in der Nähe besehen, nichts anderes als eine stärkere Hervorkehrung des rein Außerlichen, eine erhöhte Pflege dessen, was man sehen, hören, mitmachen, genießen kann; denn die Kirche weiß, daß sie auf diesem Wege die ihr innerlich heute mehr denn je entfremdeten Massen wenigstens äußerlich noch festzubehalten vermag.

Auf reines Wortdenken führe ich auch die Sätze zurück: „Religion ist eine Notwendigkeit der deutschen Seele, Konfession ihr äußerer Ausdruck, Kirche ihre organisierte Form“. Man findet sich aus den Verwicklungen nicht heraus, wenn man diesen Sätzen Wirklichkeitsnähe gibt. Mit ihnen läßt sich ebenso gut beweisen, daß es eine altgermanische Konfession gab, wie daß die alten Germanen keine Religion hatten, daß es eine jüdische Kirche gibt, und daß die Juden keine Religionsgemeinschaft bilden, daß jeder Dissident religiös ist und jeder religionslos. Und das Wort Religion muß schon gefaßt werden als jede Antwort auf die höchsten und tiefsten Fragen, die das Leben an den Menschen stellt, wenn sie eine Notwendigkeit der deutschen Seele genannt werden soll. Dann aber ist sie eine Notwendigkeit jeder Menschenseele, nicht nur der deutschen. Mit einem ganz ähnlichen Gedankengange, wie ihn Minister Becker formt, suchte Caprivi bei der Vorlegung des Zedlitzschen Schulgesetzentwurfes die Notwendigkeit des kirchlichen Einflusses auf das Volksschulwesen zu begründen. Ob Becker in Dortmund dieselbe Absicht hatte? Ob er auf diesem Wege seine Stellung zur Konfessionsschule und zur Konfessionalisierung der Pädagogischen Akademie der Lehrerschaft gegenüber entlasten wollte? Und ob er wirklich glaubte, daß ihm das gelingen könnte?

Nun noch ein Wort zu seinen Äußerungen über die neue Lehrerbildung. Es hätte auf mich einen besseren Eindruck gemacht, wenn er das Lob seines Werkes diesem überlassen, er selber sich bescheidener darüber ausgesprochen und die Universitäten weniger abfällig beurteilt hätte. Es ist zuzugeben, daß die Pädagogische Akademie mit einigen hochschulmäßigen Außerlichkeiten ausgestattet worden ist, ihre innere Ausgestaltung aber ist nicht wesentlich anders als die des Seminars. Geblieben ist die konfessionelle Einstellung; die Allgemeinbildung nimmt denselben breiten Raum ein; für jedes Lehrfach der Volksschule wird ein besonderer Dozent angestellt wie einst ein Lehrer, und in die Zeit der Regulative glaubte ich mich zurückversetzt, als der Minister sich über die höheren Ziele der neuen Lehrerbildung verbreitete und als solche aufzählte: Befähigung zur Einführung in die Grundelemente des Lesens, Schreibens und Rechnens, Befähigung zur Vermittlung des Volksschulwissens, Befähigung zur Bildung der Erwachsenen durch Leitung von Gesang-, Turn- und Sportvereinen, durch Unterricht in Fortbildungsschulen und durch staatsbürgerliche oder wirtschaftliche Beratung der Gemeinde. Da kam mir unwillkürlich der Müdling vom Neuhof in den Sinn, und wie hoch erhob sich da vor meinen Augen sein „Schwanengesang“, und wie tief sanken die höheren Ziele der neuen Lehrerbildung. Unerfülltes, Gegenwarts- und Zukunftswerke in jenem, Altes, Bekanntes in dieser unter dem neuen Schlagworte „Menschenformung“. Wenn doch der „neue deutsche Mensch“ wenigstens auch befähigt werden sollte, in seiner Muttersprache auszudrücken, was er zu sagen hat, damit man sich mit Hilfe von Erinnerungen aus der Jugendzeit nicht mehr den Kopf darüber zu zerbrechen braucht, ob von einer „Konversierung der Prätrogative einer Lehrergruppe“ gesprochen ist, wie es im Abdruck der Rede

des Ministers heißt, oder von einer „Konversierung“ und ersteres ein Druck- bzw. Hörfehler gewesen ist!

Über vieles hat der Minister in Dortmund gesprochen, und der Kehrreim von allem war: Ein verantwortungsbehafteter Minister kann und darf das Ruhende nicht bewegen. Nur über eins hat er beharrlich geschwiegen, ein Wort in seiner ganzen Rede vermieden: das Wort Konkordat. Bekannt ist, daß in Preußen Konkordatsverhandlungen stattfinden, und es ist selbstverständlich, daß bis zum Abschlusse über den sachlichen Verlauf Verschwiegenheit zu wahren ist. Es hat auch sicher keiner erwartet, daß der Minister darüber etwas sagen würde. Aber wie er ein offenes Bekenntnis ablegte über seine persönliche Stellung zur Frage der Simultanschule, warum nicht auch über seine persönliche Stellung zur Hineinziehung von Schulfragen in das Konkordat? Er blieb es unschuldig. War er sich bewußt, daß er dadurch der Lehrerschaft eine schwere Enttäuschung bereitet, einen Mißklang in die Versammlung hineingetragen und diese zu heller Empörung gereizt hätte, und wollte er das vermeiden? Nur eine leise Andeutung fand ich in seiner Erklärung, daß er an der grundsätzlichen Staatlichkeit unserer Schulen festhalte. Aber welche Bürgschaft bietet diese „grundsätzliche“ Staatlichkeit? Ist sie vielleicht nicht schon gewährleistet, wenn dem Staate das „Recht“ der Unterhaltung bleibt? Die Spuren der Reichsschulgesetzentwürfe schrecken. Eins ist sicher, die Staatsmänner und die Parteien, welche in Preußen ein Konkordat mit Schulbestimmungen abschließen, sind damit belastet für alle Zeiten. Uns bleibt die Hoffnung, daß der Minister Becker sich dem nicht aussetzen, daß er die Verantwortung für den Abschluß eines solchen Konkordats einem Unterrichtsminister aus den Reihen des Zentrums oder derer um den Herrn Mümm überlassen wird. Dann aber ist auch der Tag nicht fern, an welchem das deutsche Volk in starken Persönlichkeiten den starken Willen finden wird, der der Kirche gibt, was der Kirche ist, und dem Staate vorbehält, was des Staates ist.

## Zur Not der Schulkandidaten.

Versuche, die Dinge so darzustellen, als ob in Baden vor einer Not der Schulkandidaten nicht mehr gesprochen werden könne, müssen mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Bekanntlich ist der Rezeptionsjahrgang 1925 evangelisch, im Frühjahr 1929 noch nicht einmal ganz verwendet, 1926 kath. stark angebrochen, gewesen. Die jungen Leute haben also z. T. 4 Jahre und länger zu warten und wissen immer noch nicht, was ihr Schicksal ihnen bringt. Der harte Winter hatte eine vermehrte Erkrankung auch im Kreise der Lehrenden hervorgerufen, wodurch wieder eine Anzahl ältester Schulkandidaten und -Kandidatinnen als Hilfskräfte in der Schule verwendet werden konnten. Alle rechneten nach einer Wartezeit von 3 bis 4 Jahren selbstverständlich mit dem dauernden Verbleiben im Schuldienst. Welche Enttäuschung, als auf Ostern 1929 eine ganze Anzahl dieser Erstverwendeten wieder auf die Straße flogen und nun wieder nicht wissen, wovon leben und was mit ihnen wird. Da der Lehrernachwuchs im allgemeinen nicht das „Glück“ hat, aus den begüterten Bevölkerungsschichten zu stammen, ist er in erster Linie vor die Alternative frühzeitigen Broterwerbes gestellt. Die Soziallage des Elternhauses spielt darum eine wesentliche und große



Rolle. Ein besonders krasser Fall sei nach der Auskunft hier mit aller Deutlichkeit dargestellt:

Ein Schulkandidat, evangelisch, ist rezipiert Ostern 1925. Nach langer Wartezeit fand er endlich in einem Industrieunternehmen eine Beschäftigung. Am 15. Januar 1929, also nach über 3½ Wartejahren wurde er erstmals — als Hilfslehrer — verwendet. Ostern 1929 ist er wieder — wie andere auch — aus dem Dienst entlassen, da kein Bedarf mehr vorgelegen sei.

Dabei versteht der junge Kollege an derselben Schule nach wie vor Hilfslehrerdienste mit vollem Deputat teils für erkrankte, teils für zu Kurszwecken beurlaubte Lehrkräfte. Gehalt erhält aber dieser „blinde Aushelfer“ nicht, sondern nur seinen Unterhaltszuschuß von rund 100 Mk. Der Sachverhalt sei dem Kreisschulamt und durch dieses dem U.-M. zugeleitet worden, auch der Kandidat habe in einer Eingabe um seine weitere Verwendung und Vergütung als Hilfslehrer gebeten. Bis heute habe das U.-M. noch nicht darauf reagiert. Allerdings, denn es ist ja auch nur eine Kleinigkeit, die hier in Betracht kommt: ein junger Mensch, der in der Vollkraft seines Lebens steht, beruflich ausgebildet ist, wartet ja „nur“ rund 4 Jahre als „Arbeitsloser“.

Die häuslichen Verhältnisse des jungen Mannes sind für diese nachhaltige Wartezeit auch ganz besonders „vereinschaftet“. Der Schulkandidat ist das älteste von elf Kindern. Drei davon sind in der Lehre, die anderen noch in der Schule. Der Vater aber ist Arbeiter. Fehlt nur noch, daß der Vater arbeitslos wird, dann ist diese ganze Familie „abbaureif“. Es wird wohl begreiflich sein, daß die Eltern, brave, fleißige Leute, es sich einfach nicht zusammenreimen können, daß ihr 25jähriger Sohn, den sie mit schwersten Opfern dem Lehrberuf zuführten, nun von ihnen noch jahrelang mit „durchgefüttert“ werden soll, von der seelischen Not der Alten und des Jungen schon gar nicht zu reden.

Dieser Fall ist ein besonders krasser, aber sicherlich nicht vereinzelt. Oder ist es wesentlich günstiger, wenn eine Beamtenwitwe mit 90 bis 100 Mk. Witwengeld ihren Sohn jahrelang zu Hause sitzen hat, statt daß er sie in ihrem schweren Dasein auf Grund seines eigenen vollen Broterwerbes unterstützen kann? Auch die Berufsentscheidung, die dem Lehrberuf aus diesen Notjahren erwächst, muß von der öffentlichen Gewalt viel ernster genommen werden, als es tatsächlich sichtbar wird. Oder ist es vielleicht eine besonders günstige „Einführung“ in den Beruf, wenn diese jungen Menschen als Kaffeehausmusikanten, Traktätchenkolporteurs, Versicherungsagenten u. a. m. ihre „Weltkenntnis“ bereichern? Hier wäre mit wenig mehr an Aufwand ein ganz anderes Ergebnis zu erzielen. Auf einiges sei hingewiesen:

Immer wieder wird berichtet, daß bei Erkrankungen von Lehrkräften nicht rechtzeitige Dienstaushilfen bestellt werden und daß auf Anforderungen einer solchen die vorgelegten Behörden einfach nicht reagieren. Ist das vertretbar? Wochenlange Mitversetzungen, Hinziehen von Entscheidungen, lange Vorfristen bei Erkrankungen, in denen an und für sich Bestellung einer Hilfskraft nicht in Frage komme, sind gang und gäbe. Mitversetzungen von Klassen durch Klassenlehrer gehören aber zu den sinnlosesten, aber auch gefährlichsten, was im Unterrichtsbetrieb organisatorisch gesündigt werden kann. Behördliche Fortbildungskurse werden eingerichtet, Lehrkräfte dazu auf 2—3 und mehr Wochen eingezogen, ohne daß es auch nur irgendwie

<sup>1</sup> Dieser Fall ist nach unserer Erkundigung schon teilweise korrigiert.

in den Sinn kommt, für diese Beurlaubungen Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen.

Dazu ist auch ein anderes Übel einfach nicht zu beseitigen. Die Schulkandidaten, die nach ihren Staatsexamen den Schulen zur Einführung, bzw. Hospitation, überwiesen werden, stehen bekanntlich für diese Einführungszeit bis zur ersten staatlichen Verwendung noch in einer praktischen Ausbildung. Dieser Zweck soll nachdrücklich gefördert und nicht durchbrochen werden. Trotzdem wird immer und immer wieder berichtet, daß bei kurzfristigen Erkrankungen und darüber hinaus sogar bei langfristigen entgegen aller Ordnung zur Aushilfe Kandidaten verwendet werden. Sparsystem! Denn die Auszahlung von Gehalt für diese Aushilfe erfolgt zumeist nicht, und der Aushelfer muß sich mit seinem Unterhaltszuschuß begnügen. Wohin man auch sieht: Durch Fristverlängerungen, durch Verzögerung der Entscheidung, durch Abbaubestimmungen des Etatgesetzes, alles ist auf Abstreichen eingesezt unbeschadet der Wirkung, die diese unverständliche Verwaltungspraxis auf die Schule selbst haben muß: Daheim aber sieht jahrelang unbeschäftigter Nachwuchs!

Wer aber vielleicht den Mut haben wollte zu glauben, daß es einem so „hochentwickelten Schulwesen“ wie dem badischen nichts anhaben könne, auch wenn angeblich aus der „Not der Zeit“ geborene Zwangsmaßnahmen geboten erscheinen oder nicht zu verhindern sind, der lasse sich ein für allemal gesagt sein und aus der Masse der Tatsachen die Belege dafür geben, daß das badische Schulwesen weit davon entfernt ist, etwa an der Spitze zu marschieren. Schon seine gesetzliche Organisation läßt es fortgesetzt als reformbedürftig in höchstem Maße erscheinen, und der Schulgesetzentwurf des Bad. Lehrervereins von 1921 wäre das geringste gewesen, was in dieser Hinsicht hätte durchgeführt werden müssen. Dazu kommt die passive Resistenz mancher großen Gemeinden und Städte. Wenn z. B. jetzt wieder da und dort in großen Städten Kombination des ersten und zweiten Schuljahres in einer Hand, fliegende Klassen, Auffüllung der Klassenbestände und Vermehrung der Lehrerdeputate als Allheilmittel des Spardiktators propagiert werden oder gar in Erscheinung treten, dann wundere man sich nicht, wenn dabei nicht nur unser Ansehen als Schulstaat, sondern und vor allem unser Schulstand auf das ernstlichste gefährdet wird. Kampf um der Wirtschaft: Leistungsfähigkeit der Schule — Alarmruf derselben Kreise nach dem Spardiktator. Und daneben die öffentlich-rechtlichen Gewalten als teilweise willige Helfer, gerade die schulischen Einrichtungen der Masse unter diese Zwangslage zu stellen: Daheim aber sieht unbeschäftigter Nachwuchs!

Zudem wäre die finanzielle Wirkung bei einer vernünftigen Haltung aller an der Schule interessierten Kreise sehr leicht zu ertragen. Die ältesten Nichtverwendeten erhalten durchschnittlich 80 bis 100 Mk. an monatlichen Unterhaltszuschüssen. Ihre Vollverwendung aber im Schuldienst könnte mit 200 bis 220 Mk. pro Monat erreicht werden, also mit einem Mehr von monatlich nur 100 Mark. Das aufs Jahr umgerechnet ergäbe pro Kopf 1200 bis 1500 Mk. und bei Berücksichtigung von wenn auch nur 100 jungen Leute ein Mehr von 120 000 Mark jährlich. Ist das wirklich eine Unmöglichkeit für einen Staat mit einem Jahresbudget von über 200 Millionen und einem Unterrichtsetat von über 60 Millionen? Die Wirkung aber, die bei einer derartigen Regelung für Schule und Jugend erreicht würde, wäre diesem finanziellen Opfer weit überlegen. Auf ein anderes Gebiet, nämlich die



außergewöhnliche Arbeitsbelastung der Lehrkräfte an der Volksschule, werden wir später eingehen.

Das eine steht fest, in diesen Fragen ist die Lehrerschaft selbst bis jetzt nicht energisch genug bemüht gewesen, der Vereinsleitung die notwendigen Unterlagen jeweils rechtzeitig zu beschaffen. Sonst müßte sofort, wo sich irgendwo Mißstände der geschilderten Art zeigen, über längere Mitverschüfung statt rechtzeitiger Beschaffung einer Hilfskraft, über Versagen der Behörden gegenüber Anträgen auf Bereitstellung eines Hilfslehrers, über unzweckmäßige und unverfügbare schulische Einrichtungen wie Zusammenfassung mehrerer Schuljahre, Beseitigung günstiger Hilfseinrichtungen, Auffüllung von Klassen etwa über ein Höchstmaß von 35 bis 40 u. a. m. Auffüllung der Deputate der Lehrenden, berichtswise und mit allen Unterlagen an die Geschäftsstelle herangeföhren werden, damit von dort aus alle Schritte sowohl an die zuständigen Stellen, als auch in der Schulzeitung zur Feststellung und Beseitigung dieser Mißstände getan werden können. Uns fehlt draußen im Einzellehrkörper immer noch zu sehr die persönliche schulpolitische Aktivität. Es ist darum vorzuschlagen, über alle diese Dinge in Zukunft fortgesetzt und in aller Offenheit in der Schulzeitung zu berichten, schon um auch durch diese Art der öffentlichen Kontrolle das „öffentliche Gewissen“ zu stärken. h.

## Berichtigungen.

In den Wochen nach der Freiburger Tagung kamen einige Versuche zu „Berichtigungen“ über die Berichterstattung in der Schulzeitung ein, die der Schriftleiter ordnungsmäßig der zuständigen Stelle, dem Vorstand, zur Erledigung überwies. Diese Berichtigungen sind teils nichts weniger als das, was sie angeblich sein wollen, teils ist der Versuch, überhaupt eine Diskussion wieder aufzurollen, deutlich sichtbar. Der Vorstand ist es der Vertreterversammlung schuldig, das Versprechen, eine Wiederaufrollung nicht eintreten zu lassen, einzulösen. Auch aus diesem Grunde kann hier nur zusammenfassend Stellung genommen werden.

Herr Kollege Weisel-Heidelberg verlangt vom Schriftleiter, „im Interesse der Wahrheit die von ihm wörtlich zur Verfügung zu stellenden Ausführungen“ in Freiburg ungekürzt und ungeändert in der Schulzeitung zu bringen. Wir sind schon aus dem Grunde hierzu nicht in der Lage, weil Herr Weisel zu der allgemeinen Redezeit von 10 Minuten weitere 10 Minuten zugewilligt erhalten hatte und trotzdem mit seiner angeblich wörtlich verlesenen Rede nicht zu Ende gekommen war. Im übrigen aber wäre, was dem einen recht, dem andern billig, ein Verfahren, das schon zeitlich und räumlich undurchführbar ist.

Auch Herr Reising-Heidelberg fühlt sich nach einer eingefandten Erklärung durch die in der Schulzeitung gebrachten Ausführungen des Herrn Sauter angegriffen. Es ist ihm u. E. die beste Möglichkeit zu einer Klarstellung im Bezirksverein Heidelberg selbst gegeben. Ein Name war zudem nicht genannt.

Aberhaupt scheint man von diesen Seiten eine besondere Auffassung über den Begriff der „Presseberichtigung“ zu haben. Sonst wäre es nicht möglich, in einer eingehenden angeblichen „Berichtigung“ — wie z. B. auch Herr Hördt-Heidelberg — die ganzen materiellen Grundlagen der Freiburger Auseinandersetzung und der Berichterstattung aufrollen zu wollen. Nicht etwa weil diese eingegangene Stellungnahme eine Berichtigung im Sinne des Pressegesetzes wäre, auf das sich Herr Hördt irrtümlicher- aber auch

unnötiger Weise bezieht, sondern und vor allem, um die Absicht der „Wiederaufrollung“ zu kennzeichnen, soll der ganze Wortlaut der Berichtigung, allerdings unter Anfügung der entsprechenden Gegenbemerkungen erfolgen:

Herr Hördt schreibt:

I. Nach dem Bericht in der „Bad. Schulztg.“ Nr. 18 S. 301 sagte Herr Sauter in Freiburg u. a.:

„Was würde aber Herr Kriek wohl schreiben, wenn man von „Regie“ sprechen wollte, weil sein Freund Hördt im September 1928 im Bezirksverein Engen empfehlend auf die „Fr. D. Schule“ hinwies und zugleich Probenummern verteilte? Und welcher Art wären die Verlautbarungen Krieks, wenn man von Regie und beabsichtigter Stimmungsmache reden wollte, weil Herr Hördt in Singen die Äußerung tat, er könnte sich als „Führer einer Opposition im guten Sinne“ denken?“

Abgesehen davon, daß Herr Sauter weder in Singen noch in Engen dabei war, und daß die mir zugeschobene Äußerung auch kein Vorwurf sein könnte, wenn ich sie wirklich getan hätte, habe ich dazu zu erklären:

1. Ich habe nicht nur in Engen, sondern auch bei jeder andern Gelegenheit vor dem Zermwürfnis im Bad. L.-V. empfehlend auf die „Fr. D. Schule“ hingewiesen, vor allem Ostern 1927 und 1928 auf den Vertreterversammlungen mit der ausdrücklich eingeholten Zustimmung des Obmanns.

2. Es ist un w a h r, daß ich in Singen gesagt habe, ich könnte „mich als Führer einer Opposition im guten Sinne“ denken; w a h r ist vielmehr, daß ich im Frühjahr 1928 — nach Abschluß eines Fortbildungskurses — in einer Konferenz in Singen auf Ansuchen über die Vereinspolitik sprach, bes. über die gerade abgeschlossene Befoldungsaktion, bei der es im Bezirk — wie man mir sagte — Verstimmungen bei gewissen Sondergruppen gegeben habe. Ich verteidigte die Befoldungspolitik des Vereins gegen den Egoismus dieser Gruppen (Rektoren, Stadtlehrer, Fortb.-Lehrer) und erklärte — unter lebhaftem Beifall der ganzen Versammlung — daß Mitglieder, die eine andere Haltung des Vereins in der Befoldungsfrage wünschten, nicht Sondergruppen bilden, mit Austritt drohen und unkontrollierbare Opposition in den Schulhausgängen treiben, sondern ihre Meinung auf sachungsmäßigem Wege vertreten sollten.

II. Nach demselben Bericht (S. 302) sagte Obmann Hofheinz:

„Andere, so vor allem Hördt durch die uns unbegreifliche Niederlegung seiner Mitgliedschaft im Erziehungswissenschaftlichen Ausschuß, haben diese Brücken selbst und auf eigene Verantwortung abgebrochen.“

Dazu erkläre ich:

Ich habe acht Tage nach der Vorstandssitzung, in der H. Lacroix die Schriftleitung niederlegte, durch ein Schreiben an den Vorstand nicht nur die Mitgliedschaft im Erzw. Ausschuß, sondern in erster Linie meine schulpolitische Mitarbeit niedergelegt, weil ich selbstverständlich mit H. Lacroix, nach jahrelanger Zusammenarbeit, solidarisch war und selbstverständlich die Mitarbeit an einer Zeitung ablehne, die andere Bindungen als die selbstverständliche an die Vereinsprogramme übernehmen muß. Daß das dem Vorstand gar nicht „unbegreiflich“ war, bewies der H. Obmann selbst, als er in der Konferenz Heidelberg kurz danach erklärte, daß „Imponderabilien“ zwischen ihm und mir ständen, und daß er allerdings dagegen gewesen wäre, daß ich „sozusagen als Vertreter der Kriekschen Gedankenwelt“ in den Vorstand des Bad. Lehrervereins einträte. Von meiner Stellung zum Verein überhaupt war nicht die Rede. Ph. Hördt.



Zu dieser Erklärung des Herrn Hördt bemerkt der Vorsitzende des Bezirksvereins Heidelberg, Herr Sauter:

Zu 1. Die Feststellungen des Herrn Hördt vermögen nicht, mich zu veranlassen, die an Herrn Prof. Kriek gerichtete Frage irgendwie zu ändern. Wäre mir die gesamte Werbetätigkeit des Herrn Hördt für die „Freie Deutsche Schule“ bekannt gewesen, dann hätte eben sie in meine Frage einbezogen werden müssen, um Herrn Prof. Kriek das Ungeheuerliche seiner gegen die Vereinsleitung gerichteten Unterstellung, die er unter der Bezeichnung „Regie“ zum Ausdruck brachte, noch klarer zu machen, als es schon geschehen ist.

Zu 2. Hier beginnt der Streit um Worte. Damit aber die Öffentlichkeit ganz klar sieht, sei hier mitgeteilt, was der Bez.-Verein Radolfzell-Singen auf eine Anfrage von Herrn Hördt antwortete. „Der Vorsitzende unseres Bezirksvereins anerkannte die vorzüglichen Leistungen Hördts anlässlich unseres Deutschkurses und sagte, daß er Herrn H. schon bei der lehrjährigen Vertreterversammlung als großen Redner kennen gelernt habe und daß, wenn einmal eine führende Stelle im Bad. L.-V. frei würde, wir hier oben seiner gedenken würden. Herr H. hat dann gesagt, daß er keinen Posten wolle, nur wenn ihn aber Hofheinz zum Führer einer Opposition im guten Sinne bestimmen würde, er im Interesse des Vereins einen solchen Posten annehmen würde. Der Bez.-Verein glaubt aber, daß jene Worte, vor einem Jahr gesprochen, heute einen andern Sinn hätten.“ Herr Hördt wird mir aber hoffentlich gestatten, daß ich von ihm ernstlich glaube, daß er sich nur dann zur Führung einer Opposition bestimmen ließe, wenn er sich auch als Führer derselben „denken“ kann. Auf den Schlußsatz der Antwort, die Herr Hördt erhielt, braucht man wohl nicht besonders hinweisen.

Alfred Sauter.

Bezüglich des unter II Behaupteten stellt der Obmann fest, daß allerdings Herr Hördt nun nicht nur durch die bräuske Niederlegung seiner Mitgliedschaft im Erziehungswissenschaftlichen Ausschuß, sondern und in verschärftem Maße noch durch diese Erklärung selbst seine erziehungswissenschaftliche und seine schulpolitische Mitarbeit im Verein niedergelegt und damit „selbst und auf eigene Verantwortung diese Brücken abgebrochen hat“. Alle weiteren Ausführungen haben mit einer Berichtigung nichts mehr zu tun, weshalb er darauf nicht eingeht, sondern nur feststellt, daß auch sie den Tatsachen in weitem Umfange nicht entsprechen. Für „gewollte Oppositionen“ im guten oder schlechten Sinn könnte sich im übrigen der Verein wohl bedanken.

Damit ist die Diskussion auch über die Berichtigungen geschlossen, da der Vorstand ernstlich gewillt ist, nicht weiterhin erneut Zank und Streit in den Verein hineinragen zu lassen. Können wir es schon nicht verhindern, daß in der Freien Deutschen Schule immer wieder die unsinnigsten Angriffe gegen die Vereinsleitung und Vereinsarbeit erfolgen, so soll wenigstens das eigene Organ nicht auch noch immer wieder diesen Zwecken dienstbar gemacht werden. Die überwältigende Mehrheit der Vereinsmitglieder hat die Arbeit des Vereins und die schul- und standespolitische Haltung des Vereinsvorstandes gebilligt. Das bietet allen Grund dafür, mit weiteren Reibungen Schluß zu machen. Wir bitten die gesamte Mitgliedschaft, dies zu beachten und selbst abzuwägen, ob solche „Berichtigungen“ unserer Arbeit dienen.

Der Vorstand.

## Aus den Vereinen

**Badischer Lehrerverein.** Zu unserer und gewiß aller Mitglieder großen Freude können wir nun mitteilen, daß, wenn auch etwas verspätet, soeben die Ernennung von Herrn Lacroix zum Professor an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg erfolgt ist. Die Voraussetzung, die an die Lehrerbildungsanstalten zu berufenden Kräfte für ein Jahr nur auftragsgemäß zu verwenden, wurde auch in diesem Falle und entgegen unserem Bestreben durchgehalten. Die Tatsache aber, daß nun für Herrn Lacroix nicht die Verwendung als Studienrat, sondern als vollwissenschaftlicher Dozent mit der Bezeichnung Professor erreicht werden konnte, verdanken wir in allererster Linie der unermüdlchen Arbeit in dieser Richtung, die unsere Vereinsleitung und vor allem unser Obmann geleistet hat. Wir stellen das deshalb fest, weil wieder einmal seit Wochen und Monaten Gerüchte und Unterstellungen in die Welt gesetzt wurden, als ob gerade von dieser Seite aus Gleichgültigkeit, wenn nicht gar passiver Widerstand in dieser Frage aufgetreten wäre.

Damit, daß das Ministerium die Ernennung Lacroix zum Professor beim Staatsministerium durchgesetzt hat, ist seitens des Ministers zum Ausdruck gebracht, daß er ganz besonders hervorragenden Leistungen wissenschaftlicher Art auch die notwendige Anerkennung zu sichern gewillt ist. Wir wünschen Herrn Lacroix im Interesse der Lehrerbildung selbst noch eine recht lange segensreiche und wie wir hoffen auch der Verwirklichung unserer eigenen Ziele und Forderungen zur Unterstützung gereichende Tätigkeit.

Der Vorstand.

**B. L.-V. Hilfe am Grabe.** Im Monat Mai 1929 erfolgte die Auszahlung der Hilfe am Grabe in folgenden Sterbefällen:

Kraus, Georg, Hauptlehrer a. D., Rastatt, Anw. 7. 5. 29.  
 Dietrich, Robert, Hauptlehrer a. D., Blumberg, Anw. 7. 5. 29.  
 Riefterer, Joh. Bapt., Hauptlehrer, Dauchingen, Anw. 7. 5. 29.  
 Schuler, Eugen, Hauptlehrer a. D., Freiburg, Anw. 8. 5. 29.  
 Aich, Julius, Hauptlehrer a. D., Freiburg, Anw. 8. 5. 29.  
 Benz, Emil, Hauptlehrer a. D., Ispringen, Anw. 28. 5. 29.  
 Spieß, Karl, Hauptlehrer a. D., Mannheim, Anw. 31. 5. 29.

**B. L.-V. In der Berichterstattung über die an den Tätigkeitsbericht des Obmanns sich anschließende Aussprache ist dem Stenographen insofern ein Irrtum unterlaufen, als der Redner „Brümmer-Mannheim“ im Stenogramm nicht genannt ist. Zur Richtigstellung sei deshalb mitgeteilt, daß auf Seite 292 Spalte 1 der Schulzeitung vom 4. Mai 1929 vor die Zeile 11 der Ausführungen unter „Lauth-Mannheim“ der Name Brümmer-Mannheim zu setzen ist.**

**Badischer Lehrerverein.** Das vom Statistischen Landesamt mit Unterstützung des Badischen Lehrervereins herausgebrachte Statistische Taschenbuch „Baden in Wort und Zahl“ hat bekanntlich weit über Baden hinaus Anklang gefunden. Zwei Auflagen sind beinahe vergriffen. Auffallend dabei ist nur, daß u. a. auch die Lehrerschaft noch nicht in dem Maße sich mit dem Büchlein versorgt hat, wie es der unterrichtlich so wertvoll verwertbare Inhalt bedingte. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um doch noch in vermehrtem Umfange Bestellungen anzuregen, die ja bei dem außerordentlich geringen Preise von 70 Pfennig keine großen Opfer vom Einzelnen verlangen.

Wieweit die Anerkennung des Werkchens und die Idee seines Verfassers, des Direktors des Statistischen Landesamtes außerhalb Badens sich auch in Nachbildungen auswirkt, zeigen verschiedene uns bekanntgewordene Vorgänge:

Die beiden Städte Breslau und Köln haben in den letzten Wochen in starker Anlehnung an „Baden in Wort und Zahl“ lokale statistische Taschenbücher herausgebracht. Weiterhin hat das Eidgenössische Statistische Amt in Bern nach badischem Vorbild ein Taschenbuch herausgegeben, und in Württemberg habe der dortige Württembergische Lehrerverein, unsere Bruderorganisation, das Statistische Landesamt ersucht, möglichst bald ein Büchlein „Württemberg in Wort und Zahl“ herauszugeben.

Alle diese Feststellungen können nur den von Anfang an durch die Presse, die Organisationen, die Fachleute usw. bekanntgegebenen Eindruck unterstreichen, daß unser „Baden in Wort und Zahl“ ein Vademecum für den täglichen Gebrauch ist, wie man es sich nicht besser denken kann. Darum sollte es in der

\*



Hand auch nicht eines einzigen Lehrers — ganz gleich an welcher Anstalt und auf welcher Altersstufe er unterrichtet — fehlen.

**Lehrerheim.** Anmeldungen von Kollegen für Juli und August wollen bis spätestens 15. Juni getätigt werden, da über diesen Zeitpunkt hinaus wegen sehr starker Nachfrage keine Zimmer mehr vorbehalten werden können. **B. L. B.**

**Krankenfürsorge bad. Lehrer.** Die auf 25. Mai 1929 nach Offenburg einberufene Mitgliederversammlung nahm einen ruhigen und sachlichen Verlauf. Anwesend waren 70 Vertreter, die 77 Bezirksverwaltungen mit 11397 Stimmen vertraten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst, die hiermit den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werden.

1. Kinder mit eigenem Einkommen scheiden aus der Kinderversicherung aus.
2. Für Fahrten zu nicht approbierten Ärzten wird kein Ersatz gewährt.

**Krankenfürsorge bad. Lehrer.** Geschäftsgang im Monat Mai 1929:

1. Zahl der erledigten Anträge . . . . .	758
2. Gesamtsumme der Anforderungen . . . . .	67 461 M
(darunter nicht ersatzberechtigter Kosten)	
3. Gesamterfolg (66,3 % der eingereichten Kosten) . . . . .	44 710 M

3. Nicht ersatzberechtigt sind Benutzung von Privatauto (Tari) von gehfähigen Patienten.

4. Bei fremdverschuldeten Unfällen erfolgt Ersatz der Heilkosten erst dann und in soweit, als der schuldige Teil nicht zum Ersatz herangezogen werden kann. Durch Vorlage einer Bescheinigung ist nachzuweisen, daß alle gesetzlichen Mittel hierzu angewandt worden sind.

5. Heilkuren können nur als ersatzberechtigt anerkannt werden, wenn eine längere, schwere Erkrankung vorausgegangen ist oder vorliegt mit Dienstururlaub. Die Heilbehandlung muß durch ein ärztliches Zeugnis als zweckmäßigste Mittel zur Hebung der Krankheit oder Wiederherstellung der Dienstfähigkeit dringlichst verordnet sein.

Wir bitten, unsere Mitglieder, obige neuen Bestimmungen genau zu beachten und im Tarif vermerken zu wollen.

Der Verwaltungsrat:

Knaus. Haas. Großholz.

4. Monatsunterstützungen an Außerplanmäßige und Schulkandidaten (2 Fälle à 168 M, 1 Teilunterstützung 68 M)	404 M
5. Ausbezahlte Höchsthöhe: 532 M, 521 M, 500 M, 500 M, 500 M, 495 M, 485 M, 480 M, 401 M.	

Der Verwaltungsrat:

Knaus. Haas. Großholz.

**Ausbezahlte Krankengelder 1928**

**419516 M.**

verteilt auf die Mitglieder.

Art der Versicherten	Gruppierung I				Gruppierung II								Summe
	Männliche Mitglieder	Weibliche Mitglieder	Kinder	Summe	Lehrer	Lehrerinnen	Hochverf. d. h. Mann u. Frau, Witwe u. Kind	Hochverf. d. h. Mann, Frau, Witwe u. Kind	Witwen ohne Kind	Witwen mit Kind	Constage Angehörige	Kandidaten	
Anzahl	5017	4278	2393	11688	1393	549	1163	2269	106	124	76	183	
geleistete Beiträge	RM. 268037	RM. 167587	RM. 27756	RM. 46338	RM. 76297	RM. 30597	RM. 104461	RM. 230653	RM. 14003	RM. 3400	RM. 3969	RM. 463380	
erhaltenes Krankengeld	185564	162879	71073	419516	44896	30378	97200	227958	13728	2006	3350	419516	
Mehrleistung	+ 82473	+ 4708	—	+ 43864	+ 31401	+ 219	+ 7261	+ 2695	+ 275	+ 1394	+ 619	+ 43864	
Wenigerleistung	—	—	- 43317	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Es erhielten	i. Fällen 2849	i. Fällen 2328	i. Fällen 1461	i. Fällen 6627									
Krankengeld	d. h. 56,6%	d. h. 54,3%	d. h. 61%	d. h. 56,7%									

Der Verwaltungsrat: J. M. Haas, Rechner.

**\* B ü c h e r s c h a u \***

Die hier angezeigten Bücher liefert die Sortiments-Abteilung der Konkordia AG., Bühl (Baden) zu Originalpreisen.

**Beethoven** von Dr. H. Frhr. v. v. Pfordten. Wissensch. und Bildung. Verl. Quelle u. Meyer in Leipzig. Geh. 1,80 Mk.

Das Büchlein, das nunmehr in 5. Auflage erscheint, dürfte für eine Erstbekanntschaft mit Beethoven vollständig genügen. Es bietet sowohl das Biographische wie auch eine Einführung in die Werke und damit eine gute Grundlage zum Verständnis des großen Meisters.

**Schulmusikalische Zeitdokumente.** Herausgegeben vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin. Verl. Quelle u. Meyer in Leipzig 1929. Geh. 8 Mk., Leinenband 10 Mk.

Das Buch enthält die anlässlich der VII. Reichsschulmusikwoche in München gehaltenen Vorträge. Erste Fachleute kommen hier zu Wort und bürden von vornherein schon für die Gedie-

genheit der Ausführungen. Ebenso darf man erwarten, daß die neuesten musikpädagogischen Anschauungen zum Ausdruck kommen. Manche dieser Anschauungen sind scharf ausgeprägt und werden zum Widerspruch reizen; aber auch diese Auseinandersetzung wird gewinnbringend sein. Auch über die musikalische Ausbildung des angehenden Lehrers wird Wertvolles gesagt, was gegenüber der in den Lehrerbildungsanstalten üblichen Überbelastung besondere Beachtung verdiente.

**Emma Sauerland, Der kleine Hase Pumperli,** ein Osterpiel für Kinder mit Gesang und Reigen, Musik von B. Haller. Zehn männliche oder weibliche Spieler, Spieldauer eine halbe Stunde. Verlag Arwed Strauch, Leipzig.

Der Osterhase sucht wegen Arbeitshäufung in der Hasenschule einen Gehilfen und läßt zur Probe die Kinder Eier nach eigenen Entwürfen bemalen. Der kleine Hase Pumperli, sonst ein schüchternes Kerlchen, welches dem Lehrer allerlei Grund zu Beanstandungen gibt, liefert dabei die beste Arbeit und wird unter dem Jubel der Mitschüler zum Osterhasenlehrling erwählt. Das geschickt gearbeitete Spielchen besitzt eine gute Reimsprache und bereitet Schülern der Unterklassen viel Aufführungsfreude. **Karl Jörger, Baden-Baden.**



Die Religion des Volkes Israel von Prof. Dr. Kittel. 2. Aufl. Verl. Quelle u. Meyer in Leipzig. Geb. 5,60 Mk.

Wer die Wurzeln der christlichen Religion verstehen will, muß die alttestamentliche ebenfalls kennen. Kittel ist ein vorzüglicher Führer hierzu. Wer mit ihm einen Überblick gewonnen hat über die Entstehung der jüdischen Religion, der wird die sichere Grundlage besitzen zu einer feineren Gestaltung der alttestamentlichen Stoffe, wie es ja für den Schullehrer nötig ist.

Dr. A. Knoke, Was kann unsere Tochter werden? Verl. Quelle u. Meyer, Leipzig. Geb. 5,20 Mk.

Das Mädchen wird heute zwangsläufig in die Berufstätigkeit hineingedrängt; aber die Wahl ist wohl noch schwerer zu treffen als beim Knaben. Das Buch kann sie wesentlich erleichtern, insofern der Verfasser eingehend die verschiedenen Bildungswege darlegt und die Aussichten in den einzelnen Berufen auch noch die finanzielle Seite erörtert. Dabei sind die Bestimmungen der Länder z. B. auch Badens gebührend berücksichtigt.

Bücherei für Leibesübungen und körperliche Erziehung. Herausgegeben von Dr. W. Schüß. Verl. Quelle u. Meyer, Leipzig.

Das Turnen in der Landschule von Turninspektor E. Hanses. 88 Seiten. Kart. 2,20 Mk. Leinenband 3 Mk.

Leibesübungen an Berufsschulen von Turn- und Sportlehrer R. Honisch. 50 Seiten. Kart. 1,80 Mk. Leinenband 2,60 Mk. Die beiden Bücher sind geeignet, frisches Leben in den Turnunterricht hineinzutragen. Vorzügliche Abbildungen ermöglichen es auch dem Angeübteren, das Gewollte in die Wirklichkeit umzusetzen.

## Vereinstage

Albhöhe. Samstag, 15. Juni, nachm. 4 Uhr, Tagung im Kaffee „Alpenblick“ in Höchenschwand. T.-D.: 1. Vereinsamtliche Mitteilungen. 2. Vortrag: Der Mechanismus der Begriffsbildung und Begriffsentwicklung (Koll. Hörner, Remetschwil). Wenn in der Aussprache so viel Splitter und Späne abfallen wie bei „Wirtschaft und Schule“, hat der Vortrag seinen Zweck erreicht. Für den unterhaltenden Teil sind musik. und deklam. Beiträge erwünscht.

Baden-Baden. Mittwoch (auf vielfachen Wunsch), den 12. Juni, Aula, Knabenschule Altstadt, nachm. 3 Uhr. T.-D.: Vortrag: 1. Neuer Weg im Bruchrechnen, Vorführung eines Lehrmittels. D. U. 1/2 Std. 2. Festlegung unserer Kurse. 3. Stellungnahme zur Verordnung über das Vorbereitungsjahr der Neuausgebildeten. 4. Schulpolitische Rundschau. Unsere Anfragen und Anregungen sind seit April nicht beantwortet worden! Das Leben im Bez.-Verein darf trotzdem nicht nolleiden. D. Stiefvater.

Vogberg. Am Sonntag, 9. Juni, veranstaltet der Bezirkslehrerverein im Schulhaus Vogberg eine Ausstellung von Original-Radierungen, Holzschnitten und Steinzeichnungen zeitgenössischer deutscher Künstler. Ich bitte um recht zahlreichen Besuch der Ausstellung, die von 11–16 Uhr geöffnet ist. Bitte Gemeindevorstellungen, Bekannte usw. auf die Veranstaltung aufmerksam machen. Amend.

Donaueschingen. Am Samstag, 15. Juni, nachm. 2<sup>30</sup> Uhr, Tagung im Schulhaus in Donaueschingen. T.-D.: 1. Vortrag des Herrn Zeichenlehrers Wisler, Donaueschingen, über: Modernes Zeichnen in der Volksschule. 2. Bericht über Krankenfürsorge, Herr Oberl. Bach, Hüfingen. 3. Dienststellenausschuss und Anträge für die bevorstehende Sitzung deselben. 4. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. Gschwinder.

Durlach. Mittwoch, 12. Juni, nachm. 3 Uhr, Tagung im Hotel „Post“, Durlach. T.-D.: 1. Vortrag des Herrn Direktors Rüdinger, Karlsruhe: „Neue Wege in der Klassenlektüre.“ 2. Bericht über die Versammlung der Krankenfürsorge (Herr Zimmermann). 3. Verschiedenes. Ab 2 Uhr: Bücherausgabe (Schiller-Schule). Heftmansperger.

Eberbach. Samstag, 15. Juni, nachm. 1/4 Uhr, Familienkonferenz im „Hirschen“ in Schöllbrunn. Kollegen der Nachbarkonferenzen sind herzlich eingeladen. J. Curtz.

Engen. Am Samstag, 15. Juni, veranstaltet der Bezirkslehrerverein eine botanische Exkursion unter Führung des Herrn Kollegen Stadelmann und des Herrn F. F. Forstrats Müller von

Immendingen. Treffpunkt 1 1/2 Uhr am Bahnhof Immendingen. Wir besuchen das Bachzimmerer Tal (Orchideen!) und kehren wieder nach Immendingen zurück. Die Kollegen der Nachbarkonferenzen Donaueschingen und Randen-Blumberg sind ebenfalls zur Teilnahme eingeladen. Schreiber.

Efelingen. Samstag, 8. Juni, nachm. 1/3 Uhr, Tagung im „Ritter“. T.-D.: 1. Vortrag durch Herrn Schulrat Reimuth: „Die neuzeitliche Gestaltung unseres Volksschulwesens.“ 2. Verschiedenes. Ich bitte dringend um vollzähliges, pünktliches Erscheinen und um rege Beteiligung an der Diskussion. Gäste willkommen. Harbrecht.

Haslach i. R. Am Mittwoch, 12. Juni, nachm. 1/3 Uhr, Konferenz in „Kerns“ in Haslach. T.-D.: 1. Vortrag: „Dresden 1929“ (Herr Kollege Fehr, Wöhl). 2. Bericht über Krankenfürsorgeversammlung (Herr Kollege Maier, Vollenbach). 3. Auflösung der Vereinsbibliothek. (Gefüllte Geldbeutel mitbringen.) 4. Verschiedenes. Die w. Damen sind auch höflichst eingeladen. Sie treffen sich um dieselbe Zeit im Kaffee „Efinger“.

Von etwa 5 Uhr ab dann gemütliches Zusammensein mit den Damen in Vollmers Biergarten. Damen und Herren, die Kegelliebhaber sind, können nebenher auch eine Kegelpartie machen. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Hugelmann.

Heidelberg-Land. Am Samstag, 15. Juni, 1/4 Uhr, gemeinsame Tagung mit der Nachbarkonferenz Neckargemünd im Hotel „Kredell“-Neckargemünd. Herr Krämer wird Bericht geben über die Lehrerversammlung in Dresden. Nachher gemütl. Beisammensein mit Musik und — na, jeder Sorge für ein bißchen Humor! Die Damen bitte mitbringen. Ich hoffe, recht viele Kolleginnen und Kollegen unserer Konferenz in Neckargemünd begrüßen zu dürfen. Abfahrt in Heidelberg mit der Staatsbahn 14,30, ab Karlstor mit der Elektrischen 3,01 Uhr. Bär.

Kenzingen. Samstag, 15. Juni, nachm. 3 Uhr, Tagung im „Schiele“ in Kenzingen. T.-D.: 1. Bericht über die letzte D.-A.-Sitzung (Hack). 2. Dresden 1929 (Fehr). 3. Wahl eines Bezirksvereins-Rechners. 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende.

Konstanz. 15. Juni, nachm. 3 Uhr, in der „Hinteren Sonne“ Tagung. T.-D.: 1. Rechtsschutz und Haftpflichtschutz des D. L.-V. Referent: Herr Schüß, Lahr. 2. Bericht über die V.-B. der Krankenfürsorge. Herr Riede. Ich bitte zu Punkt 1 der T.-D. Einzelfälle aus der Schulpraxis in der Aussprache bekanntzugeben. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. Siegrich.

Ladenburg. Samstag, 15. Juni, nachm. 3 Uhr, Tagung im „Löwen“, Seckenheim. T.-D.: 1. Berichterstattung über die Deutsche Lehrerversammlung in Dresden (Herr Schüller, Mannheim). 2. Berichterstattung über Vertreterversammlung der Krankenfürsorge (Herr Herr, Seckenheim). 3. Dienststellenausschussangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Meyer.

Neckargemünd. Am 15. Juni tagen wir zusammen mit der Konferenz Heidelberg-Land im Saale des Hotel „Kredell“. Vor Ankunft unserer Gäste erledigen wir ab 1/3 Uhr den geschäftlichen Teil unserer Tagesordnung. Hauptpunkt der gemeinsamen Tagung: Berichterstattung über die Lehrerversammlung in Dresden durch Unterzeichneten. Musikalische Darbietungen des Orchesters, des Quartetts und des Kollegen Speer, Dilsberg, werden den Nachmittag verschönern. Zur Tagung sind auch die Familienangehörigen eingeladen, da auch die Kollegen unserer Nachbarkonferenz mit Damen erscheinen. Wir wollen es als Ehrenfache betrachten, recht zahlreich vertreten zu sein. Gleichzeitig möchte ich bekanntgeben, daß unsere Familienkonferenz anfangs Juli in Mauer stattfinden wird. Im 12. Juni findet die nächste Probe für das Quartett im bekannten Lokale statt, wobei alle Sänger zugegen sein wollen. M. Krämer.

Odenheim. Die nächste Konferenz findet am Mittwoch, den 12. Juni, nachm. 1/3 Uhr in Elsenz statt. (Vorausgesetzt, daß es bis dorthin keine Heuerferien gibt.) Das Tagesprogramm wird vor Beginn der Konferenz bekanntgegeben. An die Konferenz wird sich ein gemütliches Beisammensein anschließen (Bubikopfschneiden!). Gefäller, Elsenz.

Philippsburg. Unsere diesjährige Familientagung findet am 12. Juni, nachm. 1/3 Uhr in Elsenz statt. (Vorausgesetzt, daß es Möglichstes zur Unterhaltung bei. Bitte um zahlreiche Beteiligung. Es ist ein Sidnäherkommen heute nötiger denn je. Die Kollegen von Wiesental haben gebeten, daß die Auswärtigen auch Violinen mitbringen mögen. Beginn 3 Uhr. Dossinger.

Randen-Blumberg. Samstag, 15. Juni, Tagung nachm. 3 Uhr in Zolllhaus. T.-D.: 1. Vortrag. 2. Anträge für die Sitzung des D.-A. 3. Aus dem Jahrbuch des D. L.-V. 4. Verschiedenes. (Zuschriften und „Singen“.) Meier.







Am 28. Juni

### 10 Jahre Versailler Vertrag!

Walters Schrift über den Friedensvertrag\*) gehört in die Hand eines jeden Lehrers.

Nicht eine Fülle von Einzelheiten, sondern die wichtigsten Ereignisse in geschichtlichem Zusammenhang. Die Probleme sind klar herausgestellt.

\*) Der Vertrag von Versailles. Geschichtlich dargestellt für die deutsche Jugend. (Mk. 1.40 Konkordia A.-G., Bühl/Baden).

### Eine ganze Reihe Ihrer Kollegen

sind bereits unsere Kunden und wie die unaufgefordert bei uns eingehenden Anerkennungen beweisen, mit unserer Lieferung und unseren entgegenkommenden Zahlungsbedingungen sehr zufrieden.

Und nun zieht der Frühling ins Land! Möchten auch Sie nicht die wunderbare Schönheit der blühenden Natur im Bilde festhalten? Lassen Sie sich noch heute von uns Listen schicken. Wir liefern Ihnen alle bekannten Markenkameras: Voigtländer, Zeiss-Ikon, Agfa, Patent-Etui usw. zu Original-Listenpreisen, ohne jeden Aufschlag bei 1/2 Anzahlung gegen 3 bis 6 Monatsraten.

Das neuzeitliche Photohaus  
Mannheim E. 2, 4-5.

EIN VOLLENDET GUTES

## Klavier

FINDEN SIE IN DEM

ALTBEWÄHRTEN HAUSE

## PFEIFFER

C. A. PFEIFFER / STUTTGART  
SILBERBURGSTRASSE 120, 122, 124 A

### Seit dem Erscheinen der neuen (11.) Auflage der Reliefkarte von Baden

Herausgegeben von  
Münzer und Sigmund (früher  
Verlag Remmich-Mannheim)

gehen uns täglich Nachbestellungen von Interessenten zu, die zuerst eine Probefindung erhielten.

Ein Zeichen, daß die Karte stets volle  
Befriedigung auslöst.

Verlag Konkordia A.-G., Bühl/Baden

## Honig

feinste Qualität, gar, reiner  
Bienen-Blüten-(Schleud.), gold-  
klar, unter Kontrolle eines ver-  
eid. Lebensmittel-Chemikers.  
10-Pfd.-Dose M. 8.90, halbe Dose  
M. 4.80, Porto extra. Probe-  
päckchen 1 1/2 Pfd. netto M. 1.40  
u. 40 Pfg. Porto, bei Voreinsd.  
Lehrer i. R. Fischer, Honigvrsd.  
Oberneuland 180, Bez. Bremen.

### Lehrerstochter

25 Jahr, kath., händl. häuslich,  
abgeschlossene Bildung, berufstätig,  
mit einem Barvermögen von  
10000 RM. und schöner Aus-  
steuer, sucht mit einem tüchtigen,  
soliden Lehrer zwecks späterer  
Heirat bekannt zu werden.

Zuschriften unter A. Z. Nr. 4823  
an die Konkordia A.-G., Bühl  
(Baden) zu richten.

Für meinen Neffen, Klotter 39er,  
Hauptlehrer in

### Mannheim

mit großem Wohnhaus und idealer  
Wohnung, über 8000 Mk., Kunst-  
u. Lit.-Fr., suche ich entsprechende  
Katholikin zur bald. Frau. Aus-  
führl. Bildofferten (f. j.) erbeten  
unter Sch. 4827 an die Konkordia  
A.-G., Bühl (Baden).

### Kuraufenthalt

In Privathaus, am Fuße des Feld-  
bergs, 2 schöne, saubere Zimmer  
mit je 2 Betten mit oder ohne  
Küche, auch einzeln zu vermieten.  
Ruhige Lage.

Berthold Kunselmann, Forst-  
wart, Brandenburg b. Todtnau.

### Achtung!

Umstände halber preiswert abzu-  
geben: Zählbahn von Jahrlinger  
nebst sämtlichem Zubehör. Ferner:  
Anschauungsbilder aus „Der prak-  
tische Schulmann“ Bild 1 bis 88.  
Angebote unter L. R. Nr. 4825  
an die Konkordia A.-G., Bühl/B.

Der kleine

### Herder

in 1 Band, wie neu 20 Mk. Off.  
unter Sch. 4826 an die Konkordia  
A.-G., Bühl (Baden).

### Schreibmaschine

#### „Orga-Privat“

ist eine vollwertige  
Schreibmaschine

Konkordia A.-G., Bühl/B.

### Pianos Harmoniums Ruckmich

Freiburg i. B. Gegr. 1827  
Sprechapparate

bei kleinen  
Raten

### Metall- Betten

Holz-  
Stahlmatr., Kinderb., Schlafz.,  
Chaiselongues an Private.  
Ratenzahlg. Katalog 767 frei.  
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Grösste Auswahl in Qualitäts-

## PIANOS

zu äußerst günstigen Preisen und Bedingungen.  
Besichtigung ohne Kaufzwang. Kataloge gratis

Karl Hochstein, Heidelberg

Musikhaus, Hauptstraße 73.

Zahlung durch die Badische Beamtenbank.

FÜR DEN  
FRÜHLING UND SOMMER  
FÜHREN WIR AUSSER  
HERREN-DAMEN  
JUGEND-SPORT  
BEKLEIDUNG  
HERREN-ARTIKEL UND HUTE  
DAMEN-WASCHE-STROMPER  
SCHIRME BETT-TISCHWASCHE  
TEPPICHE-GÄRDINEN USW  
VERLANGEN SIE AUSWÄHLLENDUNG  
KAUFE GLEICH ZAHLE SPÄTER



BEAMTE UND ALTE KUNDEN OHNE ANZAHLUNG

### Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft

MANNHEIM-O 2-2-PARADEPLATZ-1. UND 2. STOCK-NEBEN DER HAUPTPOST  
KARLSRUHE-KRÖNENSTRASSE 40-ECKE MARKGRAFENSTRASSE

Wieder lieferbar

sind alle Ausgaben

### der Konkordia-Mappen

für Fortbildungsschulen

Herausgegeben von Fortb.-Hauptlehrer B. Falk

Ausgabe A für Knaben I., II., III. Jahrg. je 1,40 Mk

Gemischter Jahrgang 1,80 „

Ausgabe B für Mädchen I. und II. Jahrg. je 1,40 „

Preise einschließl. Schnellhefter Kontobücher das Stück 15 „.

Konkordia AG., Bühl/Baden.

### Georg Mappes Karlsruhe

Karl-Friedrichstr. 20

Telephon  
2264

Beste  
und beliebteste

### Adler- und Pfaff-Nähmaschinen

in vornehmen Möbelausstattungen  
Günstige Zahlungsbedingungen  
Dem Ratenkaufabkommen der Beamtenbank ang.

### Violenen



sowie alle  
anderen In-  
strumente u.  
Saiten liefert  
in anerkannt  
erstklassiger  
Qualität

L. P. Schuster

Markenkirchen 238. Katalog  
fr. Hoh. Rab. f. Lehrer. Teilz.

### Honig

Garant. reinen Bienen-Blüten-  
(Schleuder), goldklar, flüssig od.  
fest, unter Kontrolle eines ver-  
eidigt. Lebensmittel-Chemikers.  
10 Pfd.-Dose Rm. 8.90, halbe  
Dose Rm. 4.80, Porto extra.  
Garantie: Zurücknahme. Probe-  
päckchen à 1 1/2 Pfd. netto Rm.  
1.80 franko bei Voreinsendung.  
Fried Nestler, Honigversand  
Post Hemelingen 180.

Konkordia A.-G. für Druck u. Verlag, Bühl/Baden. Direktor W. Vesper. — Für den Inseratenteil verantwortlich P. Buchgraber